



**rund-
schreiben
02/18**

Nicaragua: Protest gegen Ortega-System
medico-Jubiläum: Emanzipation heute
Rojava: Gesundheitswesen im Wiederaufbau

4	Kommentar: Das Elend effektiver Wohltätigkeit
8	Rojava: Gesundheitswesen im Wiederaufbau
13	medico-Kampagne: Häuser der Hoffnung
14	Bangladesch: Die Rohingya vor dem Untergang
19	70 Jahre WHO: Die Krise der globalen Gesundheit
22	Projekte – Projektionen
24	Nicaragua: Hintergründe der Protestbewegung
28	Israel/Palästina: Gaza und die Folgen
31	medico-Aufruf: Solidarität statt Heimat
32	Afghanistan: Memory Boxes und Erinnerungsarbeit
36	Brasilien: das erste medico-Regionalforum
40	medico-Jubiläum: Kolloquien und Festakt
44	Tagung: Solidarität und Emanzipation
47	medico aktiv
48	Materialliste
50	Impressum, Service

Liebe Leserinnen und Leser,

würde man die politischen Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik ähnlich erzählen wie in Frankreich, könnte man jetzt sagen, dass wir vor dem Ende der zweiten Republik stehen. Das Ende des Merkelismus, das nun früher oder später kommen wird, ist auch das Ende einer liberalen, halbwegs weltoffenen Bundesrepublik, die ab und an – wie im Sommer 2015 – sogar ein Zeichen der Menschlichkeit zu setzen vermochte. Doch die Zeiten haben sich verändert, schneller und erschreckender als man es erwartet hätte. Die Rede von der „Anti-Abschiebe-Industrie“ oder der sogenannte BAMF-Skandal, der sich als hausinterne Intrige erweist, machen deutlich, wie sehr sich das politische Klima weit nach rechts verschiebt. Alle, die sich an dieser Verschiebung beteiligen, seien es die Parteien oder Teile der Medien, tun dies im Namen ihres eigenen Überlebens und schaffen sich dabei selbst ab. Die SPD fürchtet die nächsten Wahlen, die CSU den weiteren Stimmenrückgang, die Talkshows

sinkende Quoten. Diese Art der Selbststrettung wird nicht funktionieren. Sie lässt uns alle aber in einer anderen Republik aufwachen, in einer „Republik der Feindschaft“, in der die Streitthemen und Konflikte mit viel härteren Bandagen ausgefochten werden als in den vergangenen Jahren.

Wer sich dem rechten Klima nicht ergibt, muss heute etwas riskieren. Das ist die Botschaft, die erschrecken soll. Aber „sich als Bürger eines demokratischen Rechtsstaats als entmächtigt zu imaginieren, ist arrogant“, sagte der Sozialpsychologe Harald Welzer auf einem der medico-Kolloquien der internationalen Tagung „Emanzipation“ (siehe S. 40 ff.). Vielleicht ist es auch einfach Zeit, dass diese zweite Republik zu Ende geht, wenn sie auf politischer Ebene keinerlei Widerstand gegen eine CSU-Spitze mobilisiert, die spricht wie die NPD und noch nicht einmal erklärt, welche Absicht sie damit verfolgt.

Wenn es also stimmt, dass Konflikte wieder als Konflikte sichtbar werden und so auch ausgetragen werden müssen, stellt sich die Frage nach den Scheidelinien. Ein Vorschlag von Harald Welzer in Berlin war sehr grundsätzlich und lautete: Menschenfreund und Menschenfeind. Die Kategorien von Rechts und Links seien insofern wenig hilfreich, da sich die Lager in Fragen der Migration sowie dem politischen wie menschlichen Umgang mit Flüchtlingen quer zu diesen Kategorien bilden. Um die Idee von der Emanzipation, also die individuelle und gesellschaftliche Befreiung von Unterdrückung – im umfassenden Sinne – und Ausbeutung, zu retten oder neu zu formulieren, bedarf es, wie Sabine Hark in ihrem Beitrag in diesem Heft beschreibt, einer kosmopolitischen Neubestimmung der Solidarität. Schwer in Zeiten der Abschottung und Abgrenzung, aber nicht unmöglich, wie die sechs Millionen Menschen hierzulande beweisen, die sich über die eigenen nationalen und sozialen Grenzen dem Risiko der Empathie und Solidarität aussetzen. Daraus kann etwas Neues entstehen und das kommt zumeist überraschend.

Wer hätte gedacht, dass in Nicaragua, auf dem jahrelang der dumpfe und erstickende Mief einer klientelistischen Autokratie lastete, Menschen aller Herkünfte so unverbrüchlich und stur für Demokratie und Gerechtigkeit streiten. Unser Autor Ralf Leonhard, der erst kürzlich vor Ort war, beschreibt das nicht ohne Zustimmung. Im 50. Jahr von medico bleiben wir also trotz der deutschen Entwicklung bei unserem Motto: „Die Welt ist groß. Rettung lauert überall.“ Beispiele dafür finden Sie in diesem Heft. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Herzlichst Ihre




Traumtänzen in Kobanê: Drei Jahre nach der Befreiung vom IS kommt der Wiederaufbau deutlich voran. Nur ein kleiner Teil der Ruinen soll als Mahnmal erhalten bleiben. Eine Bildergalerie mit Fotos von Mark Mühthaus, die den Wiederaufbau in Kobanê dokumentieren, findet sich unter: www.medico.de/rojava

A large, stylized blue graphic serves as the background. It features a globe with a grid of latitude and longitude lines. Overlaid on the globe is a large dollar sign (\$). Within the circular part of the dollar sign, there are silhouettes of several people in various poses, suggesting a global workforce or community. The entire graphic is set against a light blue background with abstract, leaf-like shapes at the bottom.

Impact Investing

Effektive Wohltätigkeit: Revolution des Gebens oder Entpolitisierung der Hilfe

Von Thomas Gebauer

Mit utopischem Überschwang beschloss die WHO 1978 in Alma Ata die Strategie der primären Gesundheitsversorgung, die „Gesundheit für alle“ versprach. Nach großen Erfolgen droht ihr heute, 40 Jahre später, das Aus. Auf paradoxe Weise hat daran auch die neue UNO-Politik der SDG-Agenda Anteil.

Die Euphorie war groß als im September 2015 die Vereinten Nationen die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) verabschiedeten. Endlich eine globale Agenda, die alle Länder zu Aktivitäten verpflichtet, die aus der Krise herausführen sollen. Inzwischen hat sich die Begeisterung gelegt. Immer deutlicher werden die Fallstricke, die in den Ausführungsbestimmungen der Agenda, dem Kleingedruckten, angelegt sind.

Nicht über eine gerechte Verteilung der weltweit vorhandenen Ressourcen sollen die Ziele verwirklicht werden, sondern allein durch Wirtschaftswachstum. Wobei jedes Land für die benötigten Mittel selber aufkommen muss. Unter Respektierung aller internationalen Verpflichtungen, versteht sich, so auch der vielen Freihandelsabkommen, die den sozialpolitischen Handlungsspielraum gerade der ärmeren Länder drastisch einschränken und sie einer zerstörerischen Extraktionswirtschaft ausliefern.

Um die breitgefächerte SDG-Agenda umzusetzen aber bedarf es großer Anstrengungen und sehr viel Geld. Vorsichtige Schätzungen

belaufen sich auf drei bis vier Billionen Dollar pro Jahr. Mit den knapp 150 Milliarden Dollar, die gegenwärtig von den Industrieländern für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden, kommt man nicht weit. Auch die 64 Milliarden Dollar, die von privaten Philanthropen beigesteuert werden, bleiben nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wie also soll die Umsetzung der SDGs finanziert werden?

Alexander De Croo, Unternehmer und belgischer Entwicklungshilfeminister behauptet, die Lösung zu wissen. Auf der Brüsseler Hilfsgütermesse AidEx stellte er im Herbst 2017 sein Konzept vor. Die wundersame Umwandlung von Milliarden in Billionen gelinge, wenn die unzureichenden öffentlichen Mittel genutzt würden, um Anreize für private Kapitalgeber zu schaffen. Nachhaltige Hilfe, so De Croo, verlange nicht nach mehr „Geben“, sondern nach mehr „Investieren“.

Zukunftsmusik? – Seit einigen Jahren schon beschäftigen sich Entwicklungspolitiker mit der Frage innovativer Finanzierungskonzepte, die privates Kapital für soziale und ökologische Zwecke nutzbar machen sollen. An Geld mangelt es ja nicht. Es ist sogar im Überfluss vorhanden. Aufgrund der neoliberalen Finanz- und Steuerpolitik ist es nur nicht dort, wo es gebraucht wird. Den fehlenden öffentlichen Mitteln, um für alle beispielsweise das Recht auf Gesundheit zu realisieren, stehen riesige private Vermögen gegenüber, deren Verwalter

heute händeringend nach profitablen Analooptionen suchen. Die Lücke, die der neoliberale Kahlschlag in der Sozialpolitik hinterlassen hat, machen sich nun Kapitalanleger zunutze.

Impact Investing heißt für sie das neue Zauberwort. Es steht für Investitionen, die neben einer finanziellen Rendite auch soziale und ökologische Wirkungen erzielen wollen. Von einer neuen Partnerschaft zwischen Geschäftswelt und Sozialwesen ist bereits die Rede. Wie groß die Gefahr ist, dass sich dabei soziales Handeln endgültig in eine Handelsware verwandelt, zeigt sich bereits in der Kontaminierung der Sprache mit Begriffen aus der Finanzbranche. Zu den propagierten neuen Finanzierungsinstrumenten zählen Direktinvestitionen z.B. im Health Care Business, Social Impact Bonds oder hybride Fonds, in denen die Beimischung von öffentlichen Zuschüssen und Spenden für eine Hebelung der Eigenkapitalrendite sorgt. Das Schöne an Sozial-Anleihen sei, so der belgische Entwicklungshilfeminister, dass Unternehmen an den Risiken des sozialen Handelns beteiligt werden.

Kontaminierung der Sprache

Und genau darin liegt das Problem. Börsennotierte Kapitalgesellschaften, wie z.B. die Rückversicherer, die gerade den Aufbau von Reha-zentren in Afrika finanzieren, wollen nicht einfach nur „Geben“, sondern am Ende Geld sehen. Sie verlangen aus öffentlichen Mitteln einen „return on investment“, den sie aber nur bekommen, wenn die gesetzten Ziele erreicht wurden. Je komplexer diese sind, desto größer das Risiko des Scheiterns. Im Falle der afrikanischen Reha-Zentren haben die Kapitalgeber darauf gedrängt, den Erfolg an der Zahl der angefertigten Prothesen zu messen. So wichtig Prothesen sind, reichen sie doch nicht aus, um Menschen mit Behinderungen

die volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das komplexe Bemühen um soziale Inklusion ist voller Unwägbarkeiten. Es lässt sich kaum kalkulieren und nur schwer messen: für Impact Investing uninteressant.

Zeitnah und zählbar

Und so bleibt der Einzug unternehmerischer Risikoabwägung in die Planung von Hilfe nicht ohne Rückwirkung auf die Hilfe selbst. Für holistische, ganzheitliche Sichtweisen gibt es dort, wo betriebswirtschaftliche Kennziffern dominieren, keinen Platz. Die Kapitalisierung von Hilfe lässt das soziale Handeln verarmen. Große Ziele wie Frieden und interkulturelle Verständigung, aber auch das Bemühen um demokratische Partizipation und soziale Gerechtigkeit, die beiden Säulen der 1978 in Alma Ata beschlossenen Primary Health Care Strategie der WHO, müssen heute weniger ambitionierten Zielen weichen, die sich zeitnah und einfach erreichen lassen.

Auch der neue WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus würde die Alma-Ata-Strategie gerne auf Ziele reduzieren, die mit den Interessen der Geschäftswelt kompatibel sind. Der finanzielle Druck, der auf Institutionen wie der WHO lastet, ist groß. Viele können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie sich für privates Kapital öffnen. Pharmakonzerne, die noch vor wenigen Jahren wegen ihrer skandalösen Patentpolitik am Pranger standen, gelten heute als diskrete Partner in der Versorgung von Menschen mit Hilfsgütern.

Auch Hilfsorganisationen befinden sich in einem großen Dilemma. Es könnte, so es denn als solches erkannt würde, auch dazu motivieren, auf eine radikale Korrektur der neoliberalen Steuer- und Finanzpolitik zu drängen, die den Teufelskreis erst in Gang gesetzt hat.

Dass es dazu nicht kommt, dafür sorgen die Ideen einer neuen Schule, die sich „Effektiver Altruismus“ nennt und die den New Deal in der Finanzierung von Hilfe mit sozialphilosophischen Floskeln ideologisch verbrämt. Weil die herrschenden Verhältnisse alternativlos seien, so der Vordenker der effektiven Altruisten Peter Singer, mache es auch keinen Sinn, sich noch länger mit den strukturellen Ursachen von Not und Unmündigkeit aufzuhalten. Weil zudem die Mittel knapp seien, müsse sich Hilfe, um effektiv zu sein, an betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkulationen ausrichten.

Es ist kein Zufall, dass es zwei New Yorker Hedge-Fonds-Analysten waren, die 2007 die Organisation „GiveWell“ gegründet haben. Mit einem „Charity Evaluator“ ermitteln sie seitdem alljährlich die effektivste Wohltätigkeitsorganisation. Wichtigste Berechnungsgröße ist ein mathematisch erfasster Quotient aus den Kosten z.B. für die Behandlung einer Krankheit und dem Zugewinn an „qualitätskorrigierten Lebensjahren“ (QALY). Laut „GiveWell“ ist die „Against Malaria Foundation“ die effektivste Hilfsorganisation. Die wendet für die Rettung eines Lebens ca. 2.300 Dollar auf. Die logische Konsequenz: teurere Hilfebemühungen sind ineffizient, das aufwendige Eintreten für gesundheitsfördernde Lebensumstände, die Krankheiten vorbeugen, schon gar. Nicht die Bekämpfung krankmachender Armut erscheint dann als Lösung, sondern das Verteilen von Moskitonetzen, Impfungen, die Gabe von Vitamintabletten, etc.

Wirksam ohne zu helfen

Solche technischen Lösungen lassen sich höchst einfach mit kommerziellen Interessen in Einklang bringen. Sie reduzieren soziales Handeln auf unternehmerische Kenntnisse und das Bereitstellen von Waren. Im Gegen-

satz zu einem langwierigen und mit vielen Rückschlägen versehenen Kampf der sozialen Ungleichheit, laut WHO der Killer Nummer eins, suggerieren sie höchste Wirksamkeit, ohne wirklich nachhaltige Abhilfe zu schaffen.

Und nebenbei lässt sich so auch der eigene Wohlstand rechtfertigen. Wer als Investmentbanker oder Börsenspekulant viel verdient, kann umso besser Gutes tun. „Earning to give“ nennen effektive Altruisten dieses Prinzip. Eine präzise kalkulierte Verteidigung von Privilegien, die sie anderen verweigern.

Mit der „Erklärung von Alma Ata“ stellte die WHO Gesundheit in den Kontext eines politischen Drängens auf soziale Gerechtigkeit und demokratische Partizipation. Den visionären Gehalt der Grundsätze des Primary Health Care umzusetzen, ist heute nötiger denn je. Gesundheit lässt sich nicht durch eine Optimierung des Falschen verwirklichen, sondern nur über eine tiefgreifende Veränderung der globalen Verhältnisse.



„Hilfe? Hilfe! – Wege aus der globalen Krise“. Das Buch von Thomas Gebauer und Ilija Trojanow widmet sich in Essays und Reportagen ausführlich der Krise der Hilfe.

Durch Roja



va



Hinter Mauern und mit Grenzposten droht die Türkei der kurdischen Region in Syrien. Trotzdem ist überall die Energie des Wiederaufbaus zu spüren. Zum Beispiel im Gesundheitswesen.

Über 900 Kilometer lang ist die Mauer, die den kurdischen Teil der Türkei vom kurdischen Teil Syriens trennt.

Bei einer Reise durch das syrische Kurdistan konnte sich unsere Kollegin Anita Starosta ein Bild der Lage vor Ort machen

Die etwa zweistündige Autofahrt von Qamishli, der Hauptstadt des nordöstlichen kurdischen Kantons Cizîrê in Syrien, in die Kleinstadt Serê Kaniyê führt entlang einer drei Meter hohen Betonmauer. Diese Mauer trennt den nördlichen Teil Syriens von der Türkei und wird seit 2016 von der Türkei errichtet. Dort, wo früher eine grüne Grenze war, stehen jetzt Wachposten und Militärs. Stacheldraht, bewachte Gräben und Berichte über gelegentlichen Artilleriebeschuss über die Mauer sind ein permanentes Bedrohungsszenario für die Kurdinnen und Kurden in Rojava. Diese Mauer wird zum ständigen Reisebegleiter auf unserer Fahrt durch Rojava. Wir passieren den letzten Checkpoint der lokalen Polizeikräfte (Asayish) und fahren nach Serê Kaniyê ein, die Stadt liegt direkt an der Mauer. Auf der anderen Seite liegt die türkische Kleinstadt Ceylanpinar die für die syrische Bevölkerung seit dem Mauerbau nicht mehr erreichbar ist und den Besuch von Freunden oder Verwandten unmöglich macht. Dass wir hier ein Projekt kennenlernen sollen, das für die Entwicklung der demokratischen Selbstverwaltung Nordsyriens im Gesundheitsbereich von Bedeutung ist, wie es uns zuvor Dr. Agri von der Gesundheitskoordination angekündigt hat, ist noch schwer vorstellbar.

Medizinstudium in Trümmern

Erst als wir ein Klassenzimmer betreten, in dem ein Dutzend junger Frauen und Männer sitzt und aufmerksam einem Anatomie-Vortrag der Dozentin lauscht, wird deutlich, was er meinte. An

den Wänden des Klassenzimmers hängen Plakate mit medizinischen Fachbegriffen und Zeichnungen von Organen, in den Regalen steht mehrsprachiges Unterrichtsmaterial. In dem Gebäudekomplex, in dem wir uns befinden, hatte sich 2013 die dschihadistische Al-Nusra-Front verschanzt. Im Kampf um die Befreiung der Stadt wurde das damalige Krankenhaus zu großen Teilen zerstört, die meisten Kriegsspuren sind inzwischen jedoch beseitigt. Im Erdgeschoss ist das neu eingerichtete Krankenhaus in Betrieb und im zweiten Stock befindet sich die Akademiya Tenduristiyê a Rojava (Gesundheitsakademie von Rojava). Hier werden seit über einem Jahr etwa 70 Studierende in Gesundheitsberufen ausgebildet, seit Winter letzten Jahres auch Ärztinnen und Ärzte.

Eine studentische Hilfskraft führt uns durch die Lehrräume; Mikroskope, Plastik-Torsos mit herausnehmbaren Organen, Skelette und Knochenimitationen liegen fein säuberlich aufgereiht nebeneinander. Einen Blick in den Sezierraum lehnen wir dankend ab. Schlafsäle und gemeinschaftliche Essensversorgung ermöglichen es den Jugendlichen auch ohne hohen finanziellen Aufwand an der Ausbildung teilzunehmen. Bisher gab es diese Möglichkeit in Nordsyrien für sie nicht, für das Studium hätten sie in die größeren Städte Syriens gehen müssen, etwa in das 350 Kilometer entfernte, aber weitgehend zerstörte Aleppo. Interessierte Schulabgänger können sich nun an die lokalen Komitees in ihrer Stadt wenden, um sich für einen Studienplatz an der neuen Akademie zu bewerben. Die Lehre findet in Arabisch und in Kurdisch statt,

das bislang keine offizielle Sprache in Syrien war. Je nach Zusammensetzung des Kurses entscheiden Kursleitung und Teilnehmende gemeinsam in welcher Sprache unterrichtet wird.

Der Leiter Dr. Zeki, ein ehemaliger Hochschulprofessor aus Diyarbakir, referiert die Idee der Akademie, die für ihn einen Meilenstein in den Autonomiebestrebungen der Kurden darstellt. Er und sein Team haben ein eigenes Studiensystem für die Akademie entwickelt, das Curriculum haben sie an die WHO geschickt, aber trotz mehrmaliger Nachfrage keine Antwort erhalten. Eine internationale Anerkennung ihrer Lehre steht also noch aus. Für die Umsetzung haben sie weltweit die Ausbildungen und Studiengänge für Medizin ausgewertet und ein für sich passendes Modell entwickelt. Die Ausbildung der jungen Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Teilen Nordsyriens kommen, soll langfristig helfen, eine kostenlose Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Das ist das erklärte Ziel der kurdischen Selbstverwaltung in Rojava. Erster Punkt auf der Agenda, so erläutern uns später die Kolleginnen und Kollegen der Gesundheitskoordination von Rojava, sei es, die regelmäßige Bezahlung des Personals sicherzustellen.

Schon vor dem Krieg herrschte in ganz Syrien, auch in den kurdischen Regionen, extremer Ärztemangel. Schlechte und unregelmäßige Bezahlung und fehlende Mittel für die Ausstattung des öffentlichen Gesundheitssystems führten zu einer Stärkung des privaten Sektors. In Privatkliniken gab es zwar die Möglichkeit sich behandeln zu lassen, die ärmere Bevölkerung konnte sich die Behandlungen jedoch kaum leisten. Etwa die Hälfte der Ärzte hat das Land seit 2011 verlassen, auch deshalb, weil medizinische Einrichtungen gezielt angegriffen wurden. Laut einer Studie der britischen Zeitschrift Lancet hat das syrische Militär gezielt diese Einrichtungen bombardiert. In der kurdischen Region

standen die Einrichtungen im Fokus des IS. Dieses durch Krieg und Privatisierung zerstörte Gesundheitssystem organisiert nun die Gesundheitskoordination, die dem demokratischen Rat Nordsyriens unterstellt ist, neu. medico unterstützt sie seit Beginn der Selbstverwaltung dabei - mit humanitärer und medizinischer Nothilfe oder der Ausstattung von Krankenhäusern, wie mit einer Blutbank, Ultraschallgeräten oder Krankenwagen.

Immer die Mauer entlang

Von Serê Kaniyê ist es eine etwa dreistündige Autofahrt, die Mauer entlang, bis nach Kobanê. Dort sind es die Gespräche mit Flüchtlingen aus Afrin, Ersthelferinnen und Ersthelfern, die uns bewusst machen in welcher bedrohlicher und fragiler Lage der Wiederaufbau und die Arbeit der Gesundheitskoordination stattfindet.

Alle Hilfsgüter, Medikamente und Lebensmittel, die nicht aus Syrien kommen, müssen aus der Türkei in den Nordirak gebracht und dann über den einzigen Grenzübergang nach Rojava eingeführt werden. Das berichtet uns die Co-Vorsitzende des Kurdischen Halbmondes, Cemila Heme. Sie wirkt erschöpft und dennoch, das Bedürfnis uns das Erlebte zu berichten scheint zu überwiegen. Sie ist gerade zurück aus einem Einsatz im nordsyrischen Kanton Afrin. Genauer gesagt aus der Sheba-Region, der einzige Fleck des Kantons, den die Türkei nicht besetzt hält und wo sich etwa 130.000 Flüchtlinge aufhalten. Cemila und ihre Kolleginnen sind seit der türkischen Militäroperation in Afrin im Einsatz. Erst halfen sie in dem auch von medico unterstützten Afriner Krankenhaus, das einzige der Region, die Verletzten zu versorgen und führen mit ihren mobilen Kliniken Rettungseinsätze, um Verletzte zu bergen und die Menschen vor den beteiligten dschihadistischen Milizen in Sicherheit zu bringen. Dabei wurden sie zu unmittel-

baren Zeugen des Krieges. Cemila berichtet wie Dorfbewohnerinnen und -bewohner von Luftschlägen getroffen wurden und Kollegen zwischen die Fronten gerieten, dabei kommen ihr wiederholt die Tränen. Sie war eine der letzten, die die Stadt verlies, als die Stadtverwaltung zur Evakuierung der Bevölkerung aufrief. Während hinter ihr die Bomben einschlugen, die auch das Krankenhaus trafen, floh sie mit Tausenden Zivilisten in Richtung Sheba. Eine Region in Afrin, aus der zuletzt der IS vertrieben wurde. Viele leerstehende, oft jedoch verminte Häuser, dienten als Schutzorte. In den ersten Tagen waren sie dort auf sich allein gestellt und behielten sich mit Geräten und Medikamenten, die sie aus dem Krankenhaus mitnehmen konnten.

Rückkehr nach Afrin?

Inzwischen sind in Eigenleistung zwei Camps und mehrere Gesundheitsstationen für die etwa 130.000 Flüchtlinge errichtet worden. Mit Spendengeldern konnte medico bei der Medikamentenbeschaffung sowie dem Kauf zweier mobiler Kliniken unterstützen. Hilfskonvois kommen zu den Flüchtlingen durch, sind aber oft erheblichen Verzögerungen ausgesetzt. Sie müssen syrisches Regimegebiet durchqueren. Cemila, die gerade mit so einem Konvoi zurückgekehrt ist, berichtet wie sie auf Genehmigungen der Militärs warten müssen, oft dauert dies mehrere Tage. Die Hilfe wird aus Kobanê und Qamishli organisiert. Medikamente, Decken und Lebensmittel werden dort sortiert und auf große Laster geladen. Wie lange die autonomen Strukturen der Kurden diese Hilfe noch leisten können, ist schwer zu sagen. Nicht nur Cemila geht es so, die Helferinnen und Helfer arbeiten am Limit. Neben der Hilfe für die Menschen in Afrin hält der Kurdische Halbmond die Organisation sechs weiterer Flüchtlingscamps aufrecht, u.a. bei Raqqa oder Al Hasakah. Dieser Kraftakt übersteigt die Ressourcen von Rojava.

Wie es für die Flüchtlinge aus Afrin weitergeht ist völlig unklar. Sie wollen zurück nach Afrin, es gibt keine andere Option. Mehr als alles andere hoffen sie auf den Rückzug der Türkei aus der Region, damit sie in ihre Häuser und in ihren Alltag zurückkehren können. Berichte über Plünderungen und Belagerungen der Häuser durch Mitglieder dschihadistischer Milizen, die Einsetzung einer türkischen Verwaltung, islamischer Schulunterricht lassen erahnen, wie sich Afrin entwickeln wird, wenn die Türkei sich nicht zurückzieht. Schon zu Beginn des Einmarschs rechtfertigte Erdogan den Einsatz innenpolitisch mit der Ankündigung viele der über 3,5 Millionen syrischen Flüchtlinge im Land in Afrin anzusiedeln. Dies bedeutet eine gewaltsame demografische Neustrukturierung der Region, in der bisher überwiegend kurdische Bevölkerung lebte und sich das letzte zusammenhängende Siedlungsgebiet der Jesiden befand. Umsiedlungen von Bewohnerinnen und Bewohnern aus Ost-Ghouta oder dem syrisch-palästinensischen Flüchtlingslager Yarmouk (Süd-Damaskus) sind dabei Teil dieses „demografischen Engineerings“. Es erinnert außerdem an die Entwicklungen in der Südosttürkei. Dort wurden nach der Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus den Städten ganze Stadtteile abgerissen und mehrstöckige Wohnhäuser für neue Bewohnerinnen und Bewohner gebaut, die kurdische Bevölkerung kann sich die Wohnungen meist nicht leisten.

Zuletzt unterstützte medico den Medikamentenkauf und die Anschaffung zweier mobiler Kliniken für die Flüchtlinge aus Afrin in der Sheba Region. Für weitere Hilfe und die Unterstützung beim Aufbau der Gesundheitsversorgung in Rojava braucht es unsere Solidarität.

Spendenstichwort: Rojava

HÄUSER DER HOFFNUNG

Eine medico-Spendenkampagne für den Wiederaufbau in der Türkei/Kurdistan erfährt prominenten Zuspruch



Dogan Akhanli



Leyla Imret



Jan van Aken



Hito Steyerl



Wolfgang Tillmans

Zur Solidarität gehört auch Sturheit. Gegen die scheinbare Allmacht des türkischen Präsidenten Erdogan, der Tausende Oppositionelle, Journalistinnen, Vertreter der kurdischen Rechte in die Gefängnisse sperren lässt, scheint auf den ersten Blick kein Kraut gewachsen. Und doch kandidiert die linksdemokratische und kurdisch geprägte HDP mit ihrer Spitze Demirtaş aus dem Gefängnis heraus gegen Erdogan. Auch auf ihrer Liste einer der prominentesten türkischen Journalisten: Ahmet Şık. (Die Ergebnisse der Wahlen vom 24.6.2018 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor). Zum Widerstand gegen die türkische Autokratie gibt es wenig Alternativen und daraus gewinnt er seine Kraft.

Auch in den teils von der Armee zerstörten kurdischen Städten in der Ost-Türkei ringen die Hunderttausenden Vertriebenen um ihr Recht dort zu bleiben, wo sie lebten und weiterhin leben wollen. Ein Baustein darin: Die medico-Kampagne „Häuser der Hoffnung“. Den medico-Aufruf haben mittlerweile auch bekannte Künstlerinnen, Exilpolitikerinnen, Theatermacher unterschrieben. Die Kampagne listet detailliert die Kosten der Häuser, die rund um die Stadt Şırnak gerade entstehen, auf. Die vertriebenen Familien errichten in Eigenregie die Häuser, brauchen aber dringend weitere finanzielle Unterstützung. Ihr Ansinnen auf Wiederansiedlung formuliert so symbolisch nicht nur das Recht zu bleiben, sondern auch den Anspruch auf eine demokratisch verfasste Türkei, in der die Rechte der kurdischen Bevölkerung anerkannt werden.

Zu den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern gehören neben anderen der Schriftsteller Dogan Akhanli, die ehemalige Bürgermeisterin von Cizre Leyla Imret, der Politiker Jan van Aken, der Filmemacher Peter Ott, der Intendant Matthias Lilienthal, der Regisseur Milo Rau und die Künstler Hito Steyerl und Wolfgang Tillmans.

Fotos: Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 [via Wikimedia Commons], Rebecca Harms / CC BY-SA 2.0, Superbass / CC-BY-SA-4.0 [via Wikimedia Commons], Berkeley Center for New Media / CC BY-SA 2.0, hpschaefer / CC BY-SA 3.0

Wie Sie die Kampagne durch Ihre Spende und/oder durch Verbreitung des Kampagnenmaterials unterstützen können, erfahren Sie unter:
www.medico.de/haeuser-der-hoffnung

Vor dem Untergang



Alle Fotos: me dico

Gegen den Regen hilft ein Schirm, aber gegen den Schlamm hilft nicht viel im größten Flüchtlingslager der Welt.

Bangladesch. Das größte Flüchtlingslager der Welt versinkt im Schlamm. Die Perspektiven der Rohingya sind verheerend

Von Bernd Eichner

„Wasser ist die Mutter unseres Landes. Es bringt Leben und nicht Tod“, lautet ein Sprichwort in Bangladesch. Denn die jährliche Regenzeit sorgt für Abkühlung für die Menschen und für Wasser für Vieh und Äcker. Doch während Millionen Bauern in Südasien den Monsun herbeigesehnt haben, ängstigt er die Rohingya. Sie sind keine Bauern mehr. Die Armee und der Mob, angeheizt von extremistischen, buddhistischen Mönchen, haben ihre Felder zerstört. Dörfer wurden niedergebrannt und die muslimische Minderheit aus Myanmar vertrieben. Als an den Rand der Gesellschaft gedrängte Minderheit werden die Rohingya seit Jahrzehnten zu Sündenböcken gemacht, als „illegale Einwanderer“ und Sicherheitsrisiko diffamiert. In Bangladesch sind sie Geflüchtete, staatenlos, rechtlos – und den Unbilden der Natur schutzlos ausgeliefert.

Ihr erzwungener Exodus begleitet die Geschichte der medico-Partnerorganisation Gonoshasthaya Kendra (GK) in Bangladesch seit Anbeginn. Bereits 1978 und 1992 stand die Gesundheitsorganisation den geflüchteten Rohingya bei. Angesichts der jüngsten Massenflucht von rund 700.000 Menschen im Sommer 2017 verteilte GK mit der Unterstützung von medico in den Flüchtlingslagern Lebensmittel, Trinkwasser, Kochutensilien, Kleidung und Plastikplanen. Zurzeit ist GK mit 15 Kliniken vertreten. Mit fast 400 Ärztinnen, Sanitätern und Freiwilligen sorgen sie für eine grundlegende Basisgesund-

heitsversorgung. In den improvisierten Laboren können Blut, Stuhl und Urin direkt untersucht werden. Impfkampagnen konnten die Ausbreitung von Diphtherie und Masern stoppen, angesichts der desaströsen hygienischen Bedingungen im „Megacamp“ Kutapalong südlich von Cox's Bazar aber bleiben Durchfall und Hautkrankheiten große Herausforderungen. „Fehlende Privatsphäre und die Unsicherheit machen den Frauen zu schaffen. Viele sind zudem traumatisiert von dem, was ihnen auf der Flucht angetan wurde. Einige derjenigen, die von Soldaten vergewaltigt wurden, erwarten jetzt ein Baby.“ So berichtet Nasima Yasmin, Direktorin der GK-Flüchtlingsprogramme: „Die Psychologinnen sind wichtig in unseren Gesundheitsteams.“

Überleben im Hügelland

Oft sind die Teams zu Fuß unterwegs. Das hügelige Gelände ist denkbar schlecht geeignet für ein Flüchtlingslager. Zwar gibt es einen Weg für Autos quer durch das endlose Lager, doch die allermeisten Hütten entlang der steilen Hänge erreicht man damit nicht. Das macht nicht nur die Verteilung von Hilfsgütern schwierig. Das Auf und Ab durch ein endloses Gewirr von schmalen Gassen ist mühsam. „Wenn es möglich ist, errichten wir die Gesundheitsstationen oben auf dem Hügel, damit sie gefunden werden. Akute Notfälle müssen meist getragen

werden“, erklärt Mong U Ching Marma von GK. Bei Regen verwandeln sich die Pfade in schlammige Rutschbahnen.

GK habe vorgesorgt, erläutert Gesundheitskoordinator Dr. Golam Rasul: „Mit einem Kurs wurden die Gesundheitsarbeiterinnen und freiwilligen Helfer aus den Reihen der Rohingya geschult.“ Sie haben gelernt, wie man Menschen vor dem Ertrinken bewahrt oder aus Schlammlawinen bergen kann. Ein Notfallplan wurde entwickelt und Medikamentenvorräte angelegt. Spezielle Teams sind für Evakuierungen eingeplant und für den Ernstfall steht Unterstützung aus dem GK-Krankenhaus in Dhaka in Bereitschaft. Etliche weitere Vorkehrungen wurden getroffen: Ein Netz von kleinen Drainage-Kanälen soll das Wasser ableiten. Steile Straßenstücke wurden mit Backsteinen gepflastert und Notfall-Depots in den Camps angelegt. Besonders exponierte Hänge sind mit Planen abgedeckt, hier und da wurden mit Sandsäcken Treppen in die Hänge gebaut. Und Tausende sind innerhalb des Lagers an weniger gefährliche Orte umgezogen.

Doch alle technischen Maßnahmen sind nur der verzweifelte Versuch, ein angekündigtes Desaster abzumildern. Schon nach dem ersten heftigen Regen kam es zu den gefürchteten Schlammlawinen. Auch eine der Kliniken von GK wurde beschädigt. Noch sind die Zahlen der Verletzten und Toten gering – auch zu gering für die große Öffentlichkeit. Dabei hat der Monsun gerade erst begonnen. Mit anhaltenden Niederschlägen wird bis Oktober gerechnet. Man mag sich nicht ausmalen, was geschieht, wenn Latrinen und Brunnen überschwemmt werden und sich Krankheiten ausbreiten; wenn den dicht gedrängten Rohingya die Hänge und Hütten unter den Füßen wegrutschen; wenn die einzige Zufahrtsstraße zum Flüchtlingslager unterspült und unpassierbar wird; wenn Panik unter den rund 600.000 Menschen ausbricht. Es gibt keinen sicheren Ort im Lager, der Schutz vor Natur-

gewalten bietet. Feste Bauten mit Wänden aus Stein und Zement existieren nicht. Mit Ausnahme einiger Moscheen sind Dächer aus Wellblech im Camp streng verboten, da sie bei Wirbelstürmen umherfliegen könnten. Auch die Gesundheitsstationen von GK sind nur Behelfsbauten aus Bambus und Plastikplanen – genauso wie die Hunderttausenden von Hütten. Allen bleibt nur die Hoffnung, dass der Monsun mild ausfällt.

Die Politik hinter der Katastrophe

Die prekäre Lage der Flüchtlinge ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Wiederholt hat die bangladeschische Premierministerin Sheikh Hasina deutlich gemacht, dass Ursprung und Lösung der Krise in Myanmar lägen. Das heißt auch, dass die Rohingya nicht länger als nötig im Land bleiben sollen. Das ihr unterstellte NGO-Büro genehmigt deshalb nur unmittelbare Nothilfemaßnahmen. Längerfristige Programme oder entwicklungsorientierte Projekte sind untersagt. An den Zufahrten ins Lager überwachen Soldaten, dass kein Material für stabilere Gebäude hineinkommt – oder Flüchtlinge herauskommen. Sie sollen unter Kontrolle bleiben. Deshalb auch die Entscheidung im vergangenen Jahr, die Hunderttausenden Neuankömmlinge nicht auf die bestehenden rund zehn Camps in der Region aufzuteilen, sondern das Lager Kutapalong auszubauen. So wurde das größte Flüchtlingslager der Welt als gefährliches Provisorium erschaffen.

Allein, mit einer baldigen Rückkehr der Rohingya ist nicht zu rechnen. Zwar wurde bereits ein Rückkehrabkommen zwischen Bangladesch und Myanmar geschlossen, doch an dessen Umsetzung glaubt kaum jemand. Zu viele Verabredungen dieser Art wurden in den letzten Jahrzehnten geschlossen, ohne dass die Geflüchteten tatsächlich zurückkehren konnten.

Im Gegenteil. Immer neue Gewalt und Vertreibungen ließen die Zahl der nach Bangladesch geflüchteten Rohingya von rund 200.000 auf heute fast eine Million ansteigen. „Es wird auch diesmal keine Lösung geben“, ist Dr. Mohib überzeugt. Er leitet das Hospital von GK in der Hauptstadt Dhaka. 1992 hat er die damalige Rohingya-Nothilfe koordiniert und die erste Klinik im Camp Kutapalong aufgebaut. Sie ist immer noch da – genauso wie die Flüchtlinge von damals.

Auch die heutige Koordinatorin Nasima Yasmin rechnet nicht damit, dass sich in den nächsten zehn Jahren etwas verbessert. Umso wichtiger sei es langfristig zu planen – auch bei der Finanzierung der Programme. Die Camps seien von der internationalen Hilfe absolut abhängig. Oft genug schlafe bei den Gebern nach einem Jahr das Interesse schlagartig ein. Während Myanmar auf Zeit spielt, hat Bangladesch dem wenig entgegenzusetzen. Ohne Druck durch Indien wird sich nichts bewegen. Umgekehrt wird Sheikh Hasina kein Dokument unterzeichnen, das indischen Belangen zuwiderläuft. Der große Nachbar hat aktuell jedoch kein Interesse an einer Konfrontation mit Myanmar, ebenso China, das gemeinsam mit Russland im UN-Sicherheitsrat größeren diplomatischen Druck verhindert. Beide südasiatischen Regionalmächte investieren zurzeit im großen Stil in Myanmar. Als Kernelemente der neuen Seidenstraße werden große Infrastrukturprojekte – vom Tiefseehafen bis zu Pipelines – gebaut. Außerdem ist Myanmar ein bedeutender Abnehmer russischer Waffen. Eine eigene Stimme in der UN haben die staatenlosen Rohingya nicht.

Warum sollte Myanmar also die Rohingya zurückkehren lassen, nachdem sie diese gerade erst erfolgreich vertrieben hat? 1982 wurde ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen und damit ihr Recht auf Rechte getilgt. 2014 bei der letzten Volkszählung wurde der Begriff „Rohingya“ gar

ganz gestrichen und damit ihre Existenz in kalter bürokratischer Manier ausgelöscht. Wenig bis nichts spricht dafür, dass ihre Diskriminierung und Ausgrenzung ein Ende finden. Auch die UN hat massiv Vertrauen verspielt durch ihr neuestes Abkommen mit Myanmar. Sie bekommt darin Zugang zum Land und will den Flüchtlingen dann unparteiische Informationen zur Sicherheitslage für die Minderheiten bereitstellen. Allerdings klammert sie die Frage der Staatsangehörigkeit komplett aus. Dabei ist genau das für die Rohingya die Grundlage für die glaubwürdige Beendigung ihrer rechtlosen Unsicherheit.

„Die meisten Rohingya würden gerne in ihre Heimatdörfer zurückkehren und fordern dies auch ein. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kommt das aber für niemanden in Frage“, sagt GK-Direktor Dr. Kadir. Dauerhaft und ohne Perspektive im Camp bleiben zu müssen, sei aber auch keine Alternative. Die Flüchtlingslager können das unmittelbare Überleben sichern, nicht mehr. Schon jetzt nehmen Probleme mit häuslicher Gewalt und Drogenkonsum zu. Das Bild der Rohingya in der bangladeschischen Öffentlichkeit leidet unter denjenigen, die sich in ihrer Not anheuern lassen, um die Designerdroge Jaba zu schmuggeln. Zusätzlich wird befürchtet, dass sich islamistische Tendenzen ausbreiten.

Einbürgerung vs. Gefängnisinsel

Dr. Kadir hat deshalb einen Vorschlag. „Lasst uns die Rohingya einbürgern. Sprachliche oder kulturelle Barrieren zwischen ihnen und den Bangladeschern im Südosten gibt es nicht. Dann könnten sie ihr Leben in die eigenen Hände nehmen und die Kinder in die Schule gehen. Die Erwachsenen können sich Arbeit suchen oder mit dem bangladeschischen Pass im Ausland Geld verdienen.“ Die meisten kritischen



Die Menschen hoffen, dass der Monsun in diesem Jahr nicht allzu schlimm ausfällt.

Köpfe der Zivilgesellschaft teilen diese Auffassung. Im Mainstream findet sie jedoch keinen großen Anklang. „Ich habe diese Idee einmal vorsichtig in einem Meeting mit UN und Regierungsvertretern erwähnt. Die haben nur gelacht und dachten ich scherze“, erzählt Dr. Kadir. Dabei könnte das Geld, das die langfristige Versorgung eines Lagers verschlingt, in Entwicklungsprojekte fließen, die Einheimischen wie Eingebürgerten gleichermaßen nutzen.

Die staatlichen Planungen gehen jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Auf dem G7-Gipfel in Kanada hat Premierministerin Sheikh Hasina für die Umsiedlung der ersten 100.000 Rohingya auf die unbewohnte Insel Bhasan Char geworben. Die vom Meghna-Fluss geformte Sandbank liegt weit draußen im Golf von Bengalen. Für rund 280 Millionen Dollar baut die Marine dort mit britischen und chinesischen Ingenieuren an Deichen und kasernenähnlichen Gemeinschaftsunterkünften, die an Internierungslager erinnern. Die Gebäude stehen auf Stelzen, denn die Insel wird regelmäßig überflutet. Auch Sturmfluten und Wirbelstürme nagen an ihr. Die Journalistin Saydia Gulrukh von der unabhängigen Online-Zeitung „New Age Bangladesh“ in Dhaka kritisiert Bhasan Char als „zynisches Megaprojekt, damit der Tourismus am längsten Sandstrand der Welt in Cox's Bazar nicht länger

durch die Anwesenheit der Flüchtlinge gestört wird“. In Wahrheit entstehe eine Gefängnisinsel ohne Einkommensmöglichkeiten und Kontakt zur Außenwelt. „Unabhängige Helfer und Journalisten werden es dann noch schwerer haben, da das Lager von Militär betrieben werden soll und leicht abzuschotten ist“, befürchtet sie. Damit blieben der Weltöffentlichkeit in der nächsten Monsun-Periode die schlimmsten Katastrophenbilder erspart. Für die Rohingya würde es den geräuschlosen Untergang bedeuten.

Am Anfang stand die Vision einer Bewegung, die ein solidarisches Netzwerk von Basisgesundheitseinrichtungen aufbaut. Heute, fast 50 Jahre später, ist Gonoshasthaya Kendra (GK) die größte nichtstaatliche Gesundheitsorganisation Bangladeschs. Die Gesundheitsarbeiterinnen und -arbeiter betreuen mehr als eine Million Menschen in fast 600 Dörfern und Städten in allen Teilen des Landes, sie vermitteln medizinisches Wissen und Kenntnisse über Ernährung, Familienplanung und die sozialen Verhältnisse. In Katastrophenfällen leistet GK Nothilfe – und immer wieder auch für die vertriebenen Rohingya.

**Spendenstichwort:
Nothilfe Bangladesch**

Softdrinks statt Trinkwasser

70 Jahre WHO: Die Privatisierung der Globalen Gesundheit kostet die Gesundheitsgerechtigkeit.
Ein Interview mit Anne-Emanuelle Birn



Dr. Anne-Emanuelle Birn ist Professorin für Critical Development Studies und Global Health an der University of Toronto.

Die globale Gesundheit steht vor zahlreichen Herausforderungen: Antibiotika-Resistenzen wachsen, nichtübertragbare Krankheiten wie Typ-2-Diabetes nehmen zu, zugleich sind immer mehr Menschen von einer Gesundheitsversorgung ausgeschlossen. Wo liegen die Ursachen?

Nicht jede Krise hat einen eindeutigen Verursacher. Gleichwohl hängt letztlich doch jede mehr oder minder mit der herrschenden Weltordnung und dem neoliberalen Kapitalismus zusammen. Mächtige Interessensgruppen wie transnationale Konzerne, philanthropkapitalistische Stiftungen, die reichen Eliten und ihre politischen Partner haben „Spielregeln“ durchgesetzt, die ihnen nutzen. Sie haben Wege gefunden, Regulierungen und transparenten Entscheidungsprozessen auszuweichen und

Forderungen nach Umverteilung und sozialer Sicherheit abzuwehren.

Was hat Diabetes Typ 2 mit dem globalen Kapitalismus zu tun?

Die Zunahme von Diabetes-Erkrankungen ist eng verknüpft mit veränderten Ernährungsformen in Folge des wachsenden Einflusses des Agrobusiness und der globalen Lebensmittelindustrie – sei es „Big Infant Food“, „Big Snack“ oder „Big Soda“. Die massenweise Vermarktung von ungesunden Produkten geht Hand in Hand mit der Verdrängung von Kleinbauern und einer lokalen Nahrungsproduktion. Ermöglicht wurden diese Entwicklungen wiederum durch veränderte Handels- und Investitionsregeln, die transnationalen Konzernen weltweit Märkte öffneten und Länder des globalen Südens zwingen, Maßnahmen zum Schutz der heimischen Märkte wie Einfuhrzölle abzubauen. Verstärkt wird das Ganze durch Regierungen, die sich um die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen nicht kümmern. Wenn zum Beispiel kein sauberes Trinkwasser aus der Leitung kommt, werden zuckersüße Softdrinks zur Alternative. Die wachsende Krankheitslast wiederum gibt der pharmazeutischen Industrie Gelegenheit, massenhaft Medikamente zu vermarkten. Insofern wird die Gesundheit auf vielen verschlungenen Wegen geschädigt, alle aber sind aufs engste

mit dem globalisierten Kapitalismus verknüpft. Ähnliche Bedingungen und Kräfte haben in den vergangenen Jahrzehnten auch zur Rückkehr zu reduktionistischen Ansätzen der vertikalen Bekämpfung bestimmter Krankheiten geführt. Man beschränkt sich auf einzelne Krankheiten statt horizontal in den Auf- und Ausbau umfassender, öffentlicher und allgemein zugänglicher Gesundheitssysteme und in Verhältnisse, die Gesundheit zuträglich sind, zu investieren.

Im 70. Jahr ihres Bestehens stehen Unabhängigkeit und Legitimität der Weltgesundheitsorganisation auf dem Spiel. Wie konnte sie so in die Krise geraten?

Viele Leute werfen der WHO ihre Bürokratie vor. Aber ihre eigentlichen Probleme liegen anderswo. Die Schwächung ihrer Unabhängigkeit begann in den 1980er Jahren und hat sich seitdem verschärft: Indem die Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten stagnierten oder sogar gekürzt wurden, wanderten mehr und mehr gesundheitsbezogene Maßnahmen zu anderen Institutionen, zunächst zu anderen UN-Organisationen wie UNICEF und seit 1996 zu UNAIDS, später zu öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) wie dem Global Fund oder der Globalen Allianz für Impfstoffe Gavi und zuletzt zu Multi-Stakeholder-Initiativen. In diesen kommen – unter Ausblendung inhaltlicher Gegensätze und Widersprüche – ganz unterschiedliche öffentliche, zivilgesellschaftliche und private Akteure zusammen. Solche Arrangements, unterstützt vom Weltwirtschaftsforum und sogar von der UN, sorgen dafür, dass die WHO nur noch ein Partner unter vielen ist und nicht mehr – wie es ihrem Mandat entspricht – die koordinierende Autorität zur Förderung globaler Gesundheit und zum Schutz von Gesundheit als einem „fundamentalen Recht“.

Wie kann die WHO in dem Gedränge in der Global-Health-Arena verlorenes Terrain zurückgewinnen?

Aktuell durchzieht ein Interessenskonflikt die WHO: Um ihren Führungsanspruch aufrechterhalten zu können, hat sie erfolgreich „innovative“ Finanzierungsformen etabliert und Geldgeber ins Boot geholt. Doch das hat seinen Preis. Indem sie sich dem Einfluss der Privatwirtschaft in Form von philanthropkapitalistischen Stiftungen und multinationalen Konzernen ausgeliefert hat, hat sie sich von ihrer Aufgabe, Gesundheit als ein fundamentales Recht zu verteidigen und durchzusetzen, entfernt. Ein Anfang wäre gemacht, wenn die WHO zu einem System fairer und angemessener Pflichtbeiträge der Mitgliedsstaaten zurückkehren könnte – anstelle von freiwilligen, zweckgebundenen und interessegeleiteten Zahlungen verschiedenster Geber. Die Verwendung ihrer Mittel muss Gegenstand demokratischer Aushandlungsprozesse sein und einer Rechenschaftspflicht gegenüber einer breiten Öffentlichkeit unterliegen. Inwiefern die WHO ihrer Verantwortung gerecht werden kann, hängt natürlich auch davon ab, wie verantwortlich die Regierungen der Mitgliedsstaaten handeln. Sich für Gesundheitsgerechtigkeit einzusetzen, bedeutet, die politischen, wirtschaftliche und sozialen Determinanten von Gesundheit in den Blick zu nehmen.

Was sollte im Zentrum ihrer Arbeit stehen?

Wie in ihrer Verfassung verankert, sollte die WHO die Verbesserung der Lebensverhältnisse ins Zentrum ihrer Arbeit stellen: Ernährungs-, Wohn-, Sanitär-, Arbeitsbedingungen und Umweltbedingungen. Gleichzeitig sollte sie die Gesundheit schädigende kommerzielle Einflüsse einhegen – auf Basis von fundierter und unvoreingenommener wissenschaftlicher Forschung. Wirksamkeit und Erfolg von Maßnahmen sollte sich danach bemessen, ob sie zu mehr gesundheitlicher Gerechtigkeit beitragen.

Die Gates-Stiftung war in den vergangenen Jahren immer einer der größten Geber der

WHO. Welche Faktoren haben philanthropikalistischen Stiftungen den Weg geebnet?

Der faktische Rückgang der Beitragszahlungen durch die Mitgliedsstaaten seit den 1980er Jahren hat zu dramatischen Haushaltslöchern geführt. Unterfinanzierung und politischer Druck sorgen dafür, dass die WHO die zentralen Themen nicht anpackt. In die Lücke sind private Akteure hineingesprungen – wobei die WHO dies durchaus begrüßt hat. Die Tatsache, dass heute fast 80 Prozent ihres Budgets zweckgebunden sind, führt dazu, dass die Festlegung von Prioritäten und Strategien höchst undemokratisch zustande kommt und oft die Interessen des privaten Sektors bedienen. Die Gates-Stiftung gibt Gelder für die Ausrottung der Kinderlähmung. In den vergangenen Jahren sind 20 Prozent des gesamten WHO-Budgets allein für dieses Ziel aufgewendet worden. Diese hatte auch bei der Ausbreitung von gesundheitsbezogenen Private Public Partnerships, die die WHO zunehmend an den Rand gedrängt hat, ihre mächtigen Finger im Spiel. Die meisten der großen PPPs sind von der Gates-Stiftung auf den Weg gebracht worden oder erhalten Gelder von ihr. Die Impfallianz Gavi etwa lässt neue und, weil es noch keine entsprechenden Generika gibt, sehr teure Impfstoffe in nationalen Impfplänen verankern statt dafür zu sorgen, dass bewährte Stoffe für einen umfassenden Basisschutz eingesetzt werden. Unter dem Banner, „das Leben von Kindern zu retten“, sponsert Gavi so ohnehin hochprofitable Pharma-Unternehmen. Die Gates-Stiftung agiert aber keineswegs im luftleeren Raum. Die Multi-Stakeholder-Partnerschaften haben den Einfluss privater und philanthropischer Unternehmen auf das Agenda-Setting gestärkt. Sie setzen die Prioritäten, wodurch grundlegende Probleme wie Privatisierung, Deregulierung und der Transfer von Ressourcen vom öffentlichen zum privaten Sektor nicht adressiert, geschweige denn angegangen, werden. Das wäre nicht möglich, wären die großen Geberstaaten nicht auf den Zug aufgesprungen.

Wie ordnen Sie die Rolle Deutschlands ein?

Deutschland war lange ein eher stiller Akteur auf der gesundheitspolitischen Bühne. Allerdings arbeitet Deutschland in wachsendem Maße mit dem privaten Sektor zusammen, darunter die Gates-Stiftung. 2017 haben das BMZ und die Stiftung auf höchster Ebene eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet, zusammen die 2030 Sustainable Development Goals (SDGs) der UN durch eine Stärkung von „globalen Partnerschaften“ voranbringen zu wollen. Die Übereinkunft gibt der Gates-Stiftung Zugang zu dem großen Netzwerk an Kontakten des Ministeriums und ermöglicht einen gegenseitigen Austausch von Mitarbeitern – was die demokratische Verantwortung des Ministeriums gegenüber der deutschen Öffentlichkeit unterläuft. Diese Vertrautheit zwischen der deutschen Regierung und der Gates-Stiftung hat sich auch in das neue Beratergremium des Gesundheitsministeriums zu Globaler Gesundheit eingegraben – ihm gehört jetzt ein Vertreter der Stiftung an. Solche Machtstrukturen und politischen Verstrickungen, die Global-Health-Initiativen in zwischen prägen, müssen hinterfragt werden. Wie ist das gegenseitige Memorandum of Understanding überhaupt zustande gekommen? Was legitimiert solche Arrangements? Solche Fragen dürfen nicht nur von der kritischen Zivilgesellschaft kommen, sie müssen auch von Politikern und Wissenschaftlerinnen gestellt werden. Die Machtverhältnisse sind inzwischen so verzerrt, dass Wirtschaftsinteressen über dem Wohlergehen der Menschen stehen.

Das Interview führte Anne Jung.

Unter www.medico.de/who findet sich die Langfassung des Interviews. Dort ist auch die medico-Debatte „Im Würgegriff. Die WHO am Scheideweg“ auf dem Kongress „Armut & Gesundheit“ im März 2018 dokumentiert.

Projekte Projektionen



Selektive Warnung

Guatemala: Warum ein Vulkanausbruch die Armen traf

Der von medico unterstützte Weltrisikobericht berechnet Jahr für Jahr das Risiko für 171 Länder aus der Multiplikation von Gefährdung und Vulnerabilität. In der Liste der Länder mit dem höchsten Risiko stand Guatemala 2017 auf Platz vier. Wie groß die Unterschiede nicht nur von Land zu Land, sondern auch zwischen Arm und Reich innerhalb eines Landes sind, zeigt die jüngste Katastrophe in Guatemala. Als sich in den frühen Morgenstunden des 3. Juni 2018 die Anzeichen für einen heftigen Ausbruch des Vulkans Fuego westlich von Guatemala-City verdichteten, schlug das Nationale Institut für Seismologie Alarm und empfahl dem nationalen Katastrophenschutz, die Bevölkerung sofort zu evakuieren. Es heißt, in den Luxus-

hotels hätten die Gäste noch gefrühstückt und seien dann in Sicherheit gebracht worden. Eine flächendeckende Warnung, die auch die Bauernfamilien in den Dörfern erreicht, gab es jedoch nicht. Viele wurden von dem Ausbruch und dem tödlichen Ascheregen überrascht. Mindestens 100 Menschen starben, mehrere Hundert gelten noch als vermisst. Die Unterfinanzierung, vor allem aber die soziale Asymmetrie des Katastrophenschutzes brachte in den Folgetagen viele Guatemalteken auf die Straße. Unterdessen leistet die langjährige medico-Partnerorganisation ACCSS Nothilfe und psychosoziale Unterstützung für 300 betroffene Familien des Landkreises Yepocapa. Dazu zählt auch die Organisation eines Komitees in jedem Gemeinwesen für Notfall- und Evakuierungspläne.

Spendenstichwort: Guatemala

Erst Dürre, nun Flut

Kenia: medico-Partner leistet Nothilfe in entlegenen Gebieten

Wie uferlos die Aufgabe sein kann, sich im globalen Süden für Menschenrechte einzusetzen, erlebt die kenianische medico-Partnerorganisation KAPLET tagtäglich. Im Osten Nairobis kümmern sie sich angesichts der miserablen Lebensverhältnisse in den Communities – einem anderen Wort für die endlose Landschaft von Slums – um viel Basales gleichzeitig. Es geht um Wohnraum, Bildung und Gesundheit, gegen häusliche Gewalt, Vertreibung und Polizeiwillkür – und immer wieder darum, die Rechte der Menschen gegen die Gleichgültigkeit des Staates zu mobilisieren. Als wäre all das noch nicht genug, kommen mit erschreckender Regelmäßigkeit Nothilfeinsätze hinzu. War es im vergangenen Jahr die Dürre, die

in Ostafrika das Leben von Millionen bedrohte und KAPLET zu akuter Nothilfe in dem abgelegenen Verwaltungsbezirk Garissa veranlasste, so ist es 2018 – der Klimawandel grüßt – das andere Wetterextrem: Verheerende Regenfälle haben weite Landstriche überflutet. Dämme sind gebrochen, Gemeinden zerstört, Hunderttausende Menschen befinden sich auf der Flucht. Wieder sind die Mitglieder von KAPLET in entlegene Gebiete gereist, um Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen, wieder prangern sie die Untätigkeit der Regierung an. Sie tun dies im Wissen, dass auch in den Slums von Nairobi der Starkregen und die über die Ufer getretenen Wassermassen vieles zerstört haben. Nach der Nothilfe wird die „normale“ Arbeit in den verwüsteten Communities weitergehen.

Spendenstichwort: Ostafrika

Vieldeutiger Vorfall

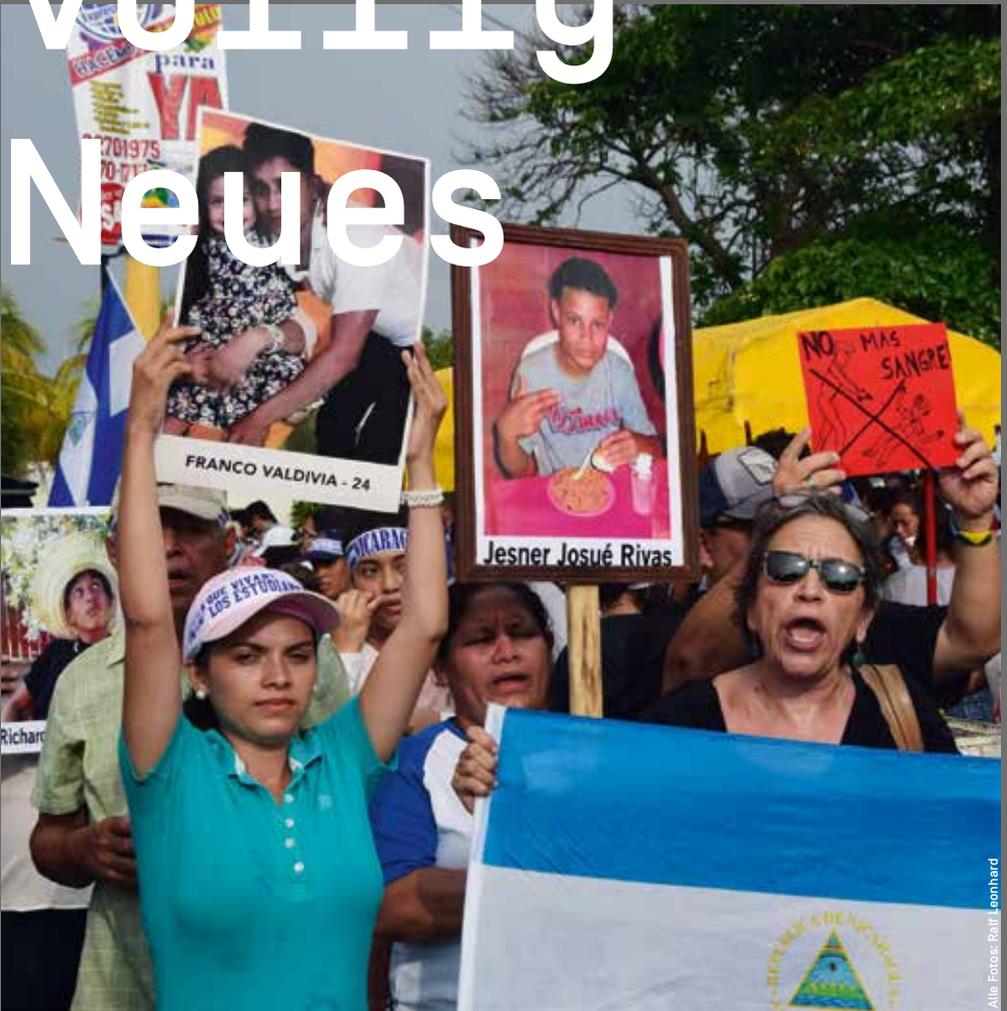
Mali: Wer kümmert sich nach der „freiwilligen“ Rückkehr?

Immer wieder betont die Bundesregierung, „freiwillig“ rückkehrende Migrantinnen und Migranten würden bei der sozialen und wirtschaftlichen Reintegration unterstützt. Umsetzen soll das unter anderem die Internationale Organisation für Migration, kurz IOM. Ein aktueller Bericht der Partnerorganisation ARACEM in Mali jedoch macht stutzig. Am 21. Mai 2018 hat die Selbstorganisation ARACEM in Bamako Soforthilfe für 58 westafrikanische Migranten geleistet, die von Algerien nach Mali abgeschoben worden waren. Die Aktivisten boten Unterkunft, Verpflegung, medizinische und psychosoziale Unterstützung. Über Mittel für eine Reintegration oder Rückkehr in die Herkunftsländer verfügt die ARACEM allerdings praktisch nicht – zumal sie dezidiert nicht

Teil der Rückführungsmaschinerie sein will. Also verwies sie diejenigen Migrantinnen und Migranten, die nach Hause zurückkehren wollen, an das Büro der IOM vor Ort. Von dort seien sie aber wieder zur ARACEM zurückgeschickt worden – diese sei zuständig und verfüge über die nötigen Mittel. Als den Hin- und Hergeschobenen klar wurde, dass dies nicht der Fall ist, entlud sich der Frust in Zorn. Büro, Ausstattung und Mobiliar der ARACEM wurden verwüstet. Vielleicht war alles auch nur ein Missverständnis. Dennoch wirft das Geschehnis Fragen auf: Inwiefern drohen selbstorganisierte Unterstützungsstrukturen instrumentalisiert, ausgenutzt oder gar gefährdet zu werden? Und ist die Rede von Reintegrationsprogrammen primär Rhetorik, um die Politik der Rückführung zu legitimieren: Aus den Augen, aus der Verantwortung?

Spendenstichwort: Migration

Etwas völlig Neues



Alle Fotos: Ralf Leonhard

Bei neuen Protesten erinnern Angehörige an die Toten der vergangenen Wochen.

Über die Hintergründe der Protestbewegung in Nicaragua

Von Ralf Leonhard

Zwei Monate nach Beginn der Protestbewegung in Nicaragua liegt die Opferbilanz bei über 140 Menschen und die Zahl kann täglich weiter steigen. Während die Nachricht, die Regierung habe hohe Millionenbeträge von der Nationalbank abgehoben, darauf hindeuten, dass sich Daniel Ortega und seine Familie ins Exil absetzen wollen, zeigt der Präsident nach außen keinerlei Bereitschaft zum Einlenken. Ein nahezu lückenlos befolgter Generalstreik in León, Nicaraguas zweitgrößter Stadt, am 12. Juni 2018 und das Errichten immer neuer Barrikaden und Straßensperren in fast allen Landesteilen haben das Wirtschaftsleben weitgehend zum Erliegen gebracht. Aus isolierten Stadtvierteln und entlegenen Gegenden, wie Río San Juan, werden Versorgungsengpässe gemeldet, aus denen schnell Hunger werden kann.

Autoritärer Familienbetrieb

Wie ist es zur Zuspitzung der Lage in einem Land gekommen, wo jahrelang scheinbar sozialer Friede herrschte und Investoren ein günstiges Klima vorfanden? Politische Beobachter in Nicaragua stimmen darin überein, dass die am 17. April angekündigte Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und die brutale Reaktion auf friedliche Proteste nur der Tropfen waren, der ein randvolles Fass zum Überlaufen brachte. Daniel Ortega und seine Frau Rosario Murillo, seit den Wahlen 2016 mit dem Amt der Vizepräsidentin ausgestattet, haben das Land

im vergangenen Jahrzehnt in einen autoritär geführten Familienbetrieb verwandelt, in dem alle, die die Regeln befolgen, ganz gut leben können. Venezolanische Öllieferungen auf Kredit, die zur Hälfte profitabel weiter verkauft werden konnten, finanzierten die Sozialleistungen und subventionierten den Treibstoff sowie den öffentlichen Verkehr. Ein strategisches Bündnis mit dem Unternehmerverband COSEP garantierte der Privatwirtschaft ein ausreichend großes Stück vom Kuchen, an dem sich nebenbei auch die Familie Ortega, Parteifreunde und hohe Militärs großzügig bedienten. Die katholische Kirche wurde durch das rigideste Abtreibungsverbot des Kontinents gewonnen und durch einen religiös verbrämten Diskurs des Präsidentenpaares umschmeichelt. Das Bündnis mit den Unternehmern wurde brüchig, als die mit ihrem eigenen Überleben beschäftigte venezolanische Regierung vor zwei Jahren die Ölbonanza stoppte. Und die Kirche zeigt sich durch den pseudoreligiösen Diskurs zunehmend irritiert. Dass mehrere Fernsehkanäle und Wirtschaftsbetriebe in der Hand von Ortegas Kindern liegen und ein Sohn des Präsidentenpaares eine wichtige Beraterfunktion ausübt, lässt nicht nur böswillige Gegner vermuten, dass da eine dynastische Nachfolge vorbereitet wird.

Zu den Regeln im Familienbetrieb gehört auch, dass man den Mund hält, wenn die Eltern gesprochen haben. Proteste gegen das größtenteils wahnwitzige Projekt eines interozeanischen

Kanals, der dem Panama-Kanal Konkurrenz machen soll, wurden ebenso schonungslos unterdrückt wie eine Demonstration von Rentnern vor fünf Jahren. Schlägertrupps der Sandinistischen Jugend oder hochgerüstete Polizei-Einheiten konnten mit dosiertem Blutvergießen die Ruhe wiederherstellen. Diesmal funktionierte dieses System nicht. Alle Welt konnte live im Fernsehen verfolgen, wie Schläger in Zivil auf wehrlose Studenten eindroschen, Journalisten die Kameras stahlen und Bereitschaftspolizisten auf die damals noch sehr überschaubare Zahl von Demonstranten schossen. Die daraufhin verhängte Pressezensur konnte in Zeiten der sozialen Medien die Verbreitung blutiger Szenen nicht verhindern.

Erste Barrikaden

Während in Managua, Masaya, León und später auch anderen Städten erste Barrikaden errichtet wurden, versuchte Daniel Ortega eine Eskalation durch eine Rücknahme der Sozialversicherungsreform und einen Dialog mit den Unternehmern zu verhindern. Die als Vermittlerin angerufene Bischofskonferenz konnte aber durchsetzen, dass alle oppositionellen Gruppen der Zivilgesellschaft am Tisch Platz nehmen durften. Auch den Besuch einer Delegation der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) und später einer Beobachtergruppe von Amnesty International, die die Vorwürfe gegen die Regierung weitgehend bestätigten, konnte Ortega nicht verhindern. Er muss sich vorwerfen lassen, persönlich für die Brutalitäten Verantwortung zu tragen. Denn die Polizei, die gezielt in Kopf, Hals und Oberkörper von Demonstranten schießt, untersteht seinem Befehl. Das Rücktrittsangebot von Polizeichefin Aminta Granera nahm er nicht an. Ohnehin ist sie nur formal die Chefin, die wirkliche Befehlsgewalt liegt bei Francisco Díaz, dessen Tochter Blanca Díaz Flores mit Maurice Ortega Murillo

verheiratet ist. Als Schwager Ortegas gehört er zum innersten Machtzirkel.

Während die Oppositionsbewegung, die keine sichtbare Führung hat, den sofortigen Rücktritt von Ortega und Murillo und die Einsetzung einer Übergangsregierung fordert, setzt die Regierung auf Verzögerung und Blockade. Sie will erst verhandeln, wenn sämtliche Straßenblockaden entfernt und die Normalität im Land wiederhergestellt sind. Die Verantwortung für die Todesopfer streitet sie trotz eindeutiger Beweislage empört ab. Sie beschuldigt „verbrecherische Vandalen“ im Lager der Opposition, das Gemetzel angezettelt zu haben und mit Plünderungen

„Pressezensur konnte in Zeiten der sozialen Medien die Verbreitung blutiger Szenen nicht verhindern.“

von Geschäften das Chaos säen zu wollen. Einziger Erfolg des vereinten Drucks ist der Rücktritt von Roberto Rivas, dem Präsidenten des Obersten Wahlrates. Der Mann, der mehrere Villen im Ausland sein Eigen nennt, galt als Symbolfigur eines durch und durch korrupten, auf die Bedürfnisse von Ortega zugeschnittenen Wahlapparats.

In Managua wird es wegen der Barrikaden zusehends schwieriger, sich mit dem Auto zu bewegen, in Masaya ist es fast unmöglich. In manchen Bezirken dieser Handwerkerstadt haben inzwischen auch marodierende Gruppen die Macht übernommen, die von der Oppositionsbewegung nicht kontrolliert werden. Der Versuch, Barrikaden und Straßensperren gewaltlos zu entfernen, hat neue Todesopfer gefordert. Auf den Vorschlag der Bischofskonferenz, mit einer Vorverlegung von Wahlen und



Gut 125 Straßenblockaden gibt es im Land. Sie sollen den ökonomischen Druck auf die Ortega-Regierung erhöhen.

einer transparenten Wahlrechtsreform einen ersten Schritt der Versöhnung zu tun, hat Ortega tagelang nicht geantwortet.

Ein Teil der ehemaligen Solidaritätsbewegung unterliegt – genauso wie die US-Regierung, die erste Einreisesperren für nicaraguanische Funktionäre verhängt hat, – dem Irrtum, dass Ortega ein sozialistisches Regime anführe. Im Umkehrschluss folgern Ortegass wenige verbliebene Freunde daraus, dass die Oppositionsbewegung rechts, vom Ausland gesteuert und auf Wiederherstellung einer marktliberalen US-Kolonie aus sei. Das ist blanker Unsinn. Die bisher formulierten Forderungen richten sich einzig auf Herstellung von Demokratie und Transparenz sowie Rechenschaft für die Verantwortlichen für das Blutvergießen der vergangenen Monate. Inhaltlich sind die Vorstellungen vom Nicaragua von morgen wohl genauso heterogen, wie die Zusammensetzung der Bewegung, in der zwar ehemalige sandinistische Aktivisten vertreten sind, die junge Generation aber die treibende Kraft ist. Soweit bis jetzt erkenntlich, drängt sich niemand in den Vordergrund, um Or-

tega an der Spitze der Regierung zu ersetzen. Was gegenwärtig in Nicaragua passiert, ist etwas völlig Neues: Unideologisch und – hoffentlich weiterhin – weitgehend unbewaffnet.

Ralf Leonhard ist freier Journalist in Wien. Er war von 1982 bis 1996 Korrespondent in Zentralamerika u.a. für die taz. Er ist gerade von einer Nicaragua-Reise zurückgekehrt und hat die Proteste selbst in Augenschein genommen.

Seit Ende der 1970er Jahre fördert medico Partner in Nicaragua. Gerade die basisdemokratischen und menschenrechtlichen Ansätze der sandinistischen Revolution waren damals der Ausgangspunkt der medico-Unterstützung. Inzwischen stützt medico zivilgesellschaftliche Kräfte, die den Widerstand gegen das Kanalprojekt vorantrieben und sich an den aktuellen Protesten gegen Ortega beteiligen.

Spendenstichwort: Nicaragua

Gaza und die Folgen

Die Debatte um den Einsatz der israelischen Armee gegen palästinensische Demonstranten/
Ein Kommentar von Riad Othman

Dieses Jahr feierte Israel sein 70-jähriges Bestehen. Zum Jahrestag der Ausrufung des Staates durch David Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv machte die US-Administration ein besonderes Geschenk: Nach der Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt Anfang Dezember 2017 vollzogen die Vereinigten Staaten beschleunigt den Umzug ihrer Botschaft von Tel Aviv, indem sie kurzerhand ihr Konsulat in West-Jerusalem aufwerteten. Das Areal liegt zum Teil jenseits der Grünen Linie im Niemandsland, d.h. dort, wo israelisches und ehemals jordanisches Territorium nicht direkt aneinandergrenzen. Dazwischen lag bis Juni 1967 die entmilitarisierte Zone, Teil des No Man's Land in Jerusalem, wie es auch weiter nördlich am Mandelbaum-Tor zu finden war.

Im Gazastreifen demonstrierten zur gleichen Zeit im Rahmen des „Großen Marschs der Rückkehr“ Tausende Menschen für das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und gegen die Abriegelung der Küstenenklave. Und natürlich auch gegen die Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem, die für sie die Zementierung des Unrechts der Besatzung symbolisiert. Seit dem 30. März 2018 hatten Palästinenserinnen und Palästinenser in Gaza protestiert, mehrheitlich friedlich und unbewaffnet. Ausnahmen hat es gegeben, doch die Ankündigung des israelischen Verteidigungsministers Avig-

dor Lieberman, mit scharfer Munition schießen zu lassen, wenn sich in Gaza jemand dem Zaun zu Israel nähern würde, ließ von Anfang an befürchten, dass der Befehl an die entlang der Befestigungsanlage postierten Scharfschützen nicht zwischen Bewaffneten und Unbewaffneten unterscheiden würde.

Dass die Hamas einen großen Teil der am 14. Mai Erschossenen als ihre Mitglieder reklamierte, diene sowohl ihr selbst als auch der israelischen Regierung. Erstere beanspruchte damit einmal mehr eine tragende Rolle für sich, in der Hoffnung, dadurch einen Zugewinn an politischer Legitimität zu erzielen. Letztere nutzte die Verlautbarung der Hamas dazu, das eigene harte Vorgehen zu rechtfertigen und die Proteste insgesamt als von Islamisten organisierte Angriffe darzustellen, gegen die Israel sich und seine Bürger lediglich verteidigt habe. Von 30. März bis 12. Juni wurden im Gazastreifen 135 Personen erschossen und 14.605 verletzt, 3.895 durch scharfe Munition. Eine von ihnen war Razan Al-Najjar, eine 21-jährige Ersthelferin des medico-Partners Palestinian Medical Relief Society, die am 1. Juni bei dem Versuch, einem verletzten Demonstranten zu helfen, durch das Feuer eines israelischen Scharfschützen getötet wurde, obwohl sie in ihrer weißen Bekleidung klar als Sanitäterin erkennbar war.

Obwohl die Opferzahlen für sich sprechen und

dem Obersten Gerichtshof (OGH) Israels von lokalen Menschenrechtsorganisationen wie den medico-Partnern Adalah und Al Mezan Center for Human Rights Beweise dafür vorgelegt wurden, dass getötete und verletzte Personen in vielen Fällen keine akute Bedrohung für irgendwen dargestellt hatten, folgten die Richter der Argumentation des Militärs: Die Protestierenden seien eine Gefahr für israelische Soldaten und Zivilistinnen. Der OGH weigerte sich sogar, die vorliegenden Videos zu sichten, die den israelischen Beschuss von Demonstrierenden dokumentierten. Der Einsatz scharfer Munition sei rechtmäßig.

In Israel erhoben sich vereinzelt kritische Stimmen gegen dieses Vorgehen, das eine Politik offenbart, die nicht zwischen Bewaffneten und Unbewaffneten unterscheidet, sondern jeden zum Feind erklärt, der es wagt zu protestieren. Fünf ehemalige Scharfschützen der israelischen Armee, die mit der medico-Partnerorganisation Breaking the Silence (BtS) verbunden sind, sprachen in einem offenen Brief von „Scham angesichts von Befehlen, die frei von Moral und ethischem Urteilsvermögen“ seien. Zeitungsanzeigen von BtS kritisierten den Einsatz öffentlich. Auch in den Medien gab es einzelne Gegenstimmen, wie die von Amira Hass, dem Menschenrechtsanwalt Michael Sfard oder dem renommierten Faschismusforscher und emeritierten Professor Zeev Sternhell. Die wenigen Menschen von Standing Together forderten in der Nähe des Erez-Übergangs nach Gaza Sicherheit auf beiden Seiten des Zauns. Sie verstehen, dass es israelische Sicherheit ohne palästinensische nicht dauerhaft geben wird. Im eigenen Land sind sie jedoch in der Minderheit. Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung stand laut Umfragen hinter dem harten Vorgehen der Armee.

In Teilen des Westjordanlands kam es zu Demonstrationen in Solidarität mit Gaza, aber

auch wegen der Verlegung der US-Botschaft. Ein geplanter friedlicher Protestmarsch zum Checkpoint in Qalandiya blieb jedoch winzig klein, ebenso wie die Freitagsdemonstrationen an verschiedenen Orten der Westbank. Während die politische Führung in Ramallah angesichts der in die Höhe schnellenden Opferzahlen im Gazastreifen zu Solidaritätskundgebungen aufrief, war sie es, die im Rahmen der Sicherheitskooperation mit Israel die Zugangswege zu Checkpoints verspernte, um, wie am Tag der Eröffnung der US-Botschaft, Konfrontationen zwi-

„Den Opfern wird ein eigener politischer Wille abgesprochen und die Legitimität ihrer Entscheidung, gegen Unrecht zu protestieren, in Frage gestellt.“

schen Palästinensern und israelischer Besatzungsmacht zu unterbinden. Hassan Ayoub von der Universität Nablus hatte mir in einem Gespräch vor acht Monaten erläutert, was die Überführung von 90% der palästinensischen Westbank-Bevölkerung aus israelischer Kontrolle in die polizeiliche Überwachung durch die Autonomiebehörde bedeutet: „Wir haben die Fähigkeit verloren, die Besatzung zu konfrontieren. Wenn wir protestieren, gehen wir auf die zentralen Plätze unserer Städte und schreien ins Nichts. Israel hat alle unsere Kapazitäten, Widerstand zu leisten in einen Strohmann namens Autonomiebehörde verwandelt. Ich wusste, dass Oslo nicht gut war. Aber ich hätte mir nicht vorstellen können, dass es uns in Stellvertreter verwandeln würde.“

Aus Teilen der jüdischen Gemeinde in den Vereinigten Staaten wurde das Vorgehen der israelischen Regierung deutlich kritisiert, Belgien

bestellte die israelische Botschafterin ein und Südafrika zog aus Protest seinen Botschafter aus der Hauptstadt Tel Aviv ab. Die Berichte in den deutschen Medien, aber auch international, waren gemischt. Von „der Grenze zu Israel“ war u.a. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Rede (obwohl es sich nicht um eine Grenze handelt), die ARD sprach von „blutigen Zusammenstößen“ (was irreführend ist, weil es auf der einen Seite Protestierende gab, die von erhöhten Positionen aus durch Soldaten beschossen wurden). Weithin wurden Stellungnahmen der israelischen Regierung zitiert, die besagten, die „Randalierer“ seien nur durch die Hamas aufgehetzte Massen gewesen (als hätten die Leute ohne die Hamas keinen Grund zu demonstrieren gegen Besatzung, Kollektivbestrafung und fortwährende Völker- und Menschenrechtsverletzungen).

Auch uns erreichten teils aufgebrachte Schreiben, weshalb wir Hamas-Anhänger in Schutz nähmen, Israel habe schließlich gewarnt, „an der Grenze“ zu schießen. Das Problem an dieser Argumentation ist, dass den betroffenen Opfern dabei ein eigener politischer Wille abgesprochen und die Legitimität ihrer Entscheidung, gegen Unrecht zu protestieren und dabei auch die eigene Unversehrtheit zu riskieren, in Frage gestellt wird. Die Zuordnung zur Hamas, ob den Tatsachen entsprechend oder nicht, erklärt Menschen damit für vogelfrei. Als hätten sie qua ihrer politischen Zugehörigkeit ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, ja ihr Recht zu leben verwirkt, völlig unabhängig davon, ob sie sich im Einzelfall etwas haben zuschulden kommen lassen oder nicht.

Auf die (diskursive) Opferumkehr wies die palästinensischstämmige US-Menschenrechtsanwältin Noura Erekat in einem Interview mit dem Fernsehsender CBS hin: „Wir haben fast alles versucht, und bei allem, was wir tun, wurde uns gesagt, es sei unsere Schuld, dass wir



Riad Othman ist Nahostreferent bei medico international und war drei Jahre lang Büroleiter von medico in Ramallah. Er stammt aus dem Schwarzwald. Aber in Ramallah galt er als einer aus Beth Safafa, dem Herkunftsort seines Vaters.

nicht frei sein können. Das ist das Problem. Es ist fast, als würde Afro-Amerikanern gesagt: Ihr könnt nicht frei sein, es sei denn, ihr kapituliert und hört auf zu protestieren und nach Gleichheit und Freiheit zu verlangen. Als ob es die Schuld von Martin Luther King gewesen wäre, dass er über die Brücke in Selma gehen musste und nicht die Schuld der weißen Suprematie, die eine Bevölkerung unterwarf.“

Dabei ging es den Menschen um die anhaltende Abriegelung des Gazastreifens, die fortschreitende Kolonisierung der Westbank, kurz um Grundrechte, Freiheit und Würde. Und es ging darum, im Ringen um diese Rechte überhaupt wieder einmal wahrgenommen zu werden. Die israelische Journalistin Amira Hass zitiert in einem ihrer Texte einen Freund in Gaza: „Wir sind ein Volk ohne Ressourcen, und jetzt auch ohne eine Vision oder einen Plan, am absoluten Tiefpunkt, was internationale Unterstützung und interne Organisation angeht. Aber wir gingen demonstrieren, um die Feierlichkeiten zum Umzug der Botschaft zu sprengen. [...] Wir gehen protestieren, um nicht lautlos zu sterben, weil wir es satt haben, still und leise in unseren Häusern zu sterben.“

SOLIDARITÄT STATT HEIMAT

Auszüge aus einem gemeinsamen Aufruf

Wir erleben seit Monaten eine unerträgliche öffentliche Schmutzkampagne, einen regelrechten Überbietungswettbewerb der Hetze gegen Geflüchtete und Migrant*innen, aber auch gegen die solidarischen Milieus dieser Gesellschaft. Die politischen Debatten über Migration und Flucht werden seit Monaten von rechts befeuert und dominiert – und kaum jemand lässt es sich nehmen, auch noch mit auf den rechten Zug aufzuspringen.

Es ist daher für uns an der Zeit, gemeinsam und eindeutig Stellung zu beziehen. Wir verweigern uns ausdrücklich der politischen Logik einer sich verfestigenden rechten Hegemonie. Wir wenden uns gegen eine Politik des Ressentiments – und gegen Strategien, die hieraus Kapital schlagen wollen für eine nur dem Anschein nach progressive oder soziale Politik.

Der bislang größte Erfolg der AfD war nicht ihr Einzug in den Bundestag. Ihr mit Abstand größter Erfolg ist, dass man sich in diesem Land wieder hemmungslos menschenverachtend geben und äußern kann. Rassismus ist wieder ganz normales Alltagsgeschäft geworden, im hohen Haus in Berlin wie beim Bäcker um die Ecke. Bei „Spitzenpolitikern“ und Normalsterblichen, bei „Liberalen“ – und selbst unter Linken. Heimatministerium, Abschiebeoffensive, Hetzkampagnen und institutioneller Rassismus gehören zum Alltag – doch der massive Protest aus der bürgerlichen Mitte bleibt aus. Auch Teile der politischen Linken machen Zugeständnisse an rechte Rhetorik und reaktionäre Ideen.

Probleme lassen sich jedoch nicht durch eine ständische oder nationalistische Wohlfahrtsstaatlichkeit lösen, die auf soziale Vorrechte und Abschottung setzt – und auf weltfremde Phantasien einer „Steuerung“ von Migration und des wohligen Privatglücks in der „Heimat“.

Mit Zuschauen und Schweigen muss endlich Schluss sein: Wir werden Rassismus und Entrechtung konsequent beim Namen nennen. Wir werden uns dem neuen völkischen Konsens entziehen und uns allen Versuchen entgegenstellen, die Schotten der Wohlstandsfestung dicht zu machen. Unsere Solidarität ist unteilbar – denn Migration und das Begehren nach einem guten Leben sind global, grenzenlos und universell.

Die vollständige Fassung und Möglichkeit unter dem gemeinsamen Aufruf von Institut Solidarische Moderne (ISM), kritnet (Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung) und medico international wider die Hetze zu unterschreiben unter: www.medico.de/solidarität-statt-heimat

Geteiltes Leid



Alle Foto: Holger Priedemuth

Vom 1.-27.6.2018 zeigten wir im neuen medico-Haus sechs Memory Boxes aus Afghanistan, in denen Kriegsüberlebende Hinterlassenschaften von nahen Verwandten zusammengetragen haben, die den Krieg nicht überlebt haben. Ergänzt wurde die Ausstellung mit Beiträgen aus der „Bibliothek der Generationen“, einem künstlerischen Erinnerungsprojekt im Historischen Museum Frankfurt.

Über Erinnerungsarbeit in Afghanistan und die Mär vom sicheren Herkunftsland. Ein Interview mit Hadi Marifat

Der Krieg in Afghanistan geht in sein viertes Jahrzehnt, ein Ende ist nicht abzusehen. Die medico-Partnerorganisation Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation (AHRDO) bringt vor Ort Überlebende zusammen, die sich erinnern und gegenseitig Rechenschaft ablegen. In „Memory Boxes“ stellen sie Hinterlassenschaften von nahen Verwandten aus, die den Krieg nicht überlebt haben. Sechs dieser Erinnerungskisten wurden im Juni 2018 im medico-Haus öffentlich ausgestellt, ergänzt durch Exponate aus der „Bibliothek der Generationen“, einem Erinnerungsprojekt im Historischen Museum Frankfurt. Eigentlich sollte Hadi Marifat, Geschäftsführer von AHRDO, schon auf dem medico-Festakt Ende Mai in Berlin über diese Arbeit berichten. Doch die Erteilung eines Visums wurde verschleppt. Anfang Juni klappte es schließlich, so dass er die Ausstellung in Frankfurt miteröffnen konnte. Hier wurde auch dieses Interview geführt.

Die Memory Boxes sind schon eine Weiterführung der Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit von AHRDO. Die Basis bildet das „Theater der Unterdrückten“. Wie kam es dazu?

Vielleicht kann ich das über meine eigene Geschichte erzählen: Nach dem Zusammenbruch des Taliban Regimes kehrte ich 2001 wie viele andere afghanische Flüchtlinge zurück. Ich wollte dazu beitragen, ein demokratisches Afghanistan aufzubauen und arbeitete für internationale Organisationen. Diese Erfahrung

war extrem ernüchternd. 2008 habe ich gemeinsam mit anderen vom Krieg Betroffenen an einem Workshop teilgenommen, in dem wir die Methode des Theaters der Unterdrückten kennenlernten. Ich habe dabei erlebt, wie Opfer, in diesem Fall Menschen mit furchtbaren Kriegserlebnissen, tatsächlich dadurch gestärkt wurden. Ich habe die Energie im Raum gespürt, alles war interaktiv und bedeutsam. Die Methode hat uns überzeugt. Also haben wir selbst eine Organisation gegründet, um Kriegsopfer und andere marginalisierte Gruppen der Gesellschaft damit zu erreichen. So entstand 2009 AHRDO.

Was funktioniert dabei so gut?

Der partizipative Ansatz hat sich bewährt. Gerade bei den vielen Analphabetinnen und Analphabeten, mit denen wir zu tun haben, ist diese Methode sehr wirksam. Die Übungen und Spiele schaffen eine vertrauensvolle Atmosphäre, so dass die Menschen schließlich bereit sind, ihre Geschichten und Probleme mit den anderen Anwesenden zu teilen. Und das ist sehr wichtig in einem Land wie Afghanistan mit seiner langen Geschichte von Kriegen und Konflikten, in dem das Fundament des Vertrauens nachhaltig zerstört wurde.

Das Teilen von Erinnerungen spielt eine wichtige Rolle. Kamt ihr so auf die Idee mit den Memory Boxes?

Ja, genau. In der afghanischen Öffentlichkeit gibt es keinen Raum und kein Konzept für Erin-

nerung. Deswegen ist es für die Menschen schwierig, Verbindungen zwischen den verschiedenen Konflikten zu ziehen, die Afghanistan in den letzten Jahrzehnten geprägt haben. Wir wollten erreichen, dass die Menschen das ganze Bild sehen und Möglichkeiten finden, miteinander in Beziehung zu treten. Das ist auch das Ziel der Memory Boxes: Dass die Leute sich austauschen und merken, wie lange schon das Leben in Afghanistan von Gewalt erschüttert ist. Wir haben Boxen, die an die sowjetische Intervention von 1979 erinnern, an die Zeit der Mudschaheddin, die der Taliban und auch welche aus der gegenwärtigen Phase.

Wie laufen die Workshops ab? Kommt es vor, dass dort Menschen aufeinandertreffen, die sich gegenseitig vorwerfen, auf der Seite der Täter zu stehen?

Das kommt vor, aber eine sehr viel größere Herausforderung ist es, wenn Opfer verschiedener Konflikte, verschiedener ethnischer Gruppen und mit verschiedenen religiösen Hintergründen sich miteinander vergleichen. Manchmal gibt es einen regelrechten Wettbewerb, wem schlimmeres Unrecht angetan wurde. Die Workshops dauern eine Woche. In den ersten beiden Tagen sprechen wir gar nicht darüber, was die Einzelnen erlebt haben. Wir bauen erstmal Vertrauen auf. Am Ende gibt es immer viel mehr Verständnis füreinander, oft sagen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann: „Egal, was genau uns jeweils angetan wurde, eins haben wir gemeinsam: Wir sind alle Opfer. Wir müssen uns zusammentun und für einen Wandel in diesem Land eintreten, damit es Gerechtigkeit gibt.“

Über Geschichte und Erinnerungen zu sprechen, bedeutet auch immer etwas für die Gegenwart und die Zukunft. Was möchtet ihr mir eurer Arbeit erreichen?

Wir wollen eine andere Erzählung in Umlauf bringen. Schulkinder in Afghanistan lernen

nichts darüber, was in den 1980er und 1990er Jahren wirklich passiert ist. Stattdessen werden Erzählungen wie die des Dschihad glorifiziert. Es gibt sogar ein Museum in Herat, für das ein Warlord alles Mögliche über die Mudschaheddin zusammengetragen hat. Aber die Erzählung der Opfer fehlt komplett in der Geschichtsschreibung des Landes. Es gibt keine

„Es ist wichtig, die Kultur der Straflosigkeit anzugreifen, denn in ihr gedeiht die Gewalt.“

Hinweise darauf, wie der Dschihad das Leben von Millionen Afghaninnen und Afghanen zerstört hat. Wir sagen: Ja, es gab den Dschihad, aber vergesst nicht, was er den Menschen in Afghanistan angetan hat. Das Gleiche gilt für alle Ideologien, die in Afghanistan mit Gewalt verbreitet wurden, auch für den Kommunismus und die Taliban. Selbst heute im Namen der Demokratie werden Menschen tagtäglich Opfer von Gewalt. Das alles hat mit einer Kultur der Straflosigkeit zu tun. Nach vierzig Jahren Krieg und unzähligen Opfern sind die Täter immer noch in machtvollen Positionen. Für uns ist es daher auch wichtig, die Kultur der Straflosigkeit anzugreifen, denn in ihr gedeiht die Gewalt. Jedes Jahr kostet die Gewalt Tausende von Menschenleben. Aber nicht ein Täter wurde bislang zur Rechenschaft gezogen.

Was denkst du, wenn du hörst, dass Europa Afghanistan zu einem sicheren Land erklärt und immer mehr Menschen dorthin abschiebt – zusätzlich zu denen, die aus Pakistan und Iran nach Afghanistan zurückkehren müssen?

Ich denke: Sie schicken die Menschen in den Krieg. Es ist falsch zu behaupten, es gebe si-

chere Gegenden in Afghanistan, auch Kabul ist nicht sicher. Ich lebe dort. Jeden Tag gibt es einen oder mehrere Anschläge. Wir leben in einem Zustand von permanenter Angst und Terror, und ich kann nicht verstehen, wie man Menschen in solche Verhältnisse abschieben kann. Wir wissen von Abgeschobenen aus Europa, die nach ihrer Rückkehr bei Selbstmordattentaten verletzt wurden. Wenn behauptet wird, nach der Rückkehr werde vor Ort etwas für die Menschen getan, stimmt auch das nicht. Weder die afghanische Regierung noch sonst jemand tut etwas für sie. Ich habe versucht, die Internationale Organisation für Migration zu erreichen, die für Rückkehrer zuständig ist. Sie haben einfach aufgelegt. Die Abgeschobenen sind nach der Rückkehr vollkommen auf sich allein gestellt. In den meisten Fällen können sie nicht nach Hause zurückkehren. Oft haben sie das ganze Vermögen ihrer Familien aufgebraucht, um nach Europa zu gehen. Deshalb bleiben viele in den Städten und versuchen, Geld zu verdienen, um erneut ausreisen zu können, zum Beispiel erstmal in den Iran und dann weiter nach Griechenland und anderswohin.

Ihr habt ein neues Projekt gestartet, mit dem ihr rausfinden möchtet, was mit Abgeschobenen nach ihrer Rückkehr passiert.

Uns interessiert ihre gesamte schwere Reise, beginnend in Afghanistan über die illegale Einreise in Europa, das Leben dort, den Asylantrag, das Asylverfahren, die Ablehnung und schließlich die Deportation. Es ist wichtig, diese Geschichten zu erzählen, die Wahrheiten der Abgeschobenen, die bislang keine Aufmerksamkeit erhalten. Wir recherchieren jetzt erstmal, aber wenn wir die Situation der Abgeschobenen besser verstanden haben, würden wir gerne unsere Erfahrungen nutzen, um mit ihnen gemeinsam Lösungen für ihr Leben zu erarbeiten.

Das Interview führte Ramona Lenz.



Hadi Marifat ist Geschäftsführer der Afghanistan Human Rights and Development Organisation, mit der medico seit 2012 zusammenarbeitet.

Im Juni 2018 kündigte Bundeskanzlerin Merkel bei der Regierungsbefragung an, dass abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber aus Afghanistan wieder uneingeschränkt abgeschoben werden. Dies spricht der Lage vor Ort Hohn wie selbst die Expertinnen und Experten des Bundesaußenministeriums eingestehen, die von einer „weiterhin volatilen Sicherheitslage“ in Afghanistan sprechen. Umso wichtiger sind die entlarvenden Recherchen von AHRDO über die Situation von Abgeschobenen – und unsere Unterstützung.

Spendenstichwort: Afghanistan

Scheitern und neue Perspektiven

medico-Regionalforum in Brasilien. Eine Diskussion mit lateinamerikanischen Partnern

Der Austausch zwischen medico und seinen Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika findet auf regelmäßigen Reisen der medico-Projektkoordinatorinnen und -koordinatoren und unregelmäßigen Reisen der Zuständigen in der Öffentlichkeitsarbeit in die Projektregionen statt. So wird eine kontinuierliche Zusammenarbeit gewährleistet. Aktuell nutzt medico sein Jubiläumsjahr, sich über solch bilaterale Treffen hinaus mit Kolleginnen und Kollegen verschiedener Part-

nerorganisationen zusammen an den Tisch zu setzen. Im Februar 2018 fand im brasilianischen Salvador da Bahia das erste medico-Regionalforum statt, zu dem Partner aus El Salvador, Nicaragua, Venezuela und Brasilien eingeladen waren. Weitere Foren sind im Laufe des Jahres in Afrika, im Nahen Osten und in Südasien geplant. Nachstehend zwei Einschätzungen der Forumsdebatte – die erste von einem medico-Mitarbeiter, die zweite von einem Teilnehmer aus Brasilien.

Kritische Solidaritäten

Von Moritz Krawinkel

Beim Premierenforum lag der Fokus auf dem Aufstieg und Niedergang der sogenannten progressiven Regierungen in Lateinamerika in den vergangenen 20 Jahren – und der Frage nach der (bleibenden) Bedeutung dieser Ära. So hieß es in unserer Einladung: „(Auch) Lateinamerika rückt nach rechts. Sei es durch originär rechte Parteien oder rechte Tendenzen in vermeintlich progressiven Regierungen, die den Extraktivismus fortsetzen, den Sozialstaat (wieder) demontieren, indigene und andere marginalisierte Gruppen zur Seite drängen.“ In die Bilanz müs-

sen jedoch auch die Erfolge einbezogen werden: Armutsbekämpfung, Erfolge im Gesundheitsbereich und ein kaum zu ermessender Schub für das Selbstwertgefühl der Armen.

Für eine Einführung konnten wir den venezolanischen Soziologen Edgardo Lander gewinnen. Er betonte, dass Lateinamerika am Ende einer Epoche nicht mehr der „Kontinent der Hoffnung“ sei, der mit den neuen Verfassungen in Ecuador, Bolivien und Venezuela neue Horizonte eröffnet habe. Ohnehin seien von Anfang an viele Projektionen im Spiel und die progressiven Regierungen widersprüchliche Projekte gewesen. Die „Pluri-Nationalität“ beispielsweise, wie sie in der ecuadorianischen Verfassung festge-

schrieben worden war, spiegelte zwar die Vielfalt der Bevölkerung des Landes wider, stand aber immer im Widerspruch zur nationalstaatlichen Verfasstheit des Projektes. Auch in den Bereichen der Armutsbekämpfung und der Integration vormals Ausgeschlossener hat es Edgardo zufolge große Fortschritte gegeben. Mit den Überschüssen aus den Exporterlösen sei eine gute Verteilungspolitik gemacht worden – aber eine Umverteilung habe es faktisch nicht gegeben. Der fortgesetzte Extraktivismus habe zudem die Abhängigkeit vom Weltmarkt noch verstärkt und am meisten hätten ohnehin die wirtschaftlichen Eliten vom Aufschwung profitiert. Die Ungleichheit sei nicht kleiner geworden. Érika von der Bewegung der Arbeitenden ohne Dach (MTST) ergänzte, dass die progressiven Regierungen in einem Krisenmoment auch für das Kapital die beste Wahl gewesen seien.

Was bedeutet das für gesellschaftliche Veränderung? Vermutlich muss die progressive Epoche als Teil eines längeren Prozesses gesehen werden, der neben Fortschritten auch Phasen mit Rückschlägen beinhaltet. Versteht man Revolution nicht als singuläres Ereignis, sondern als langwierigen Prozess der Veränderung von Praktiken, Kulturen und Lebensweisen, öffnet das den Raum für Zwischentöne. Deshalb darf, so Edgardo, das Erreichte unter keinen Umständen vergessen werden, bietet es doch eine Grundlage für zukünftige Emanzipationsprojekte.

Der Blick auf die experimentellen, mutigen und lehrreichen Ansätze des Neuen im Bestehenden schlägt eine Brücke zwischen den Debatten um die „imperiale Lebensweise“, und den „Inseln der Vernunft“, als die wir die Projekte unserer Partner nicht nur in Lateinamerika gerne bezeichnen. Auf dem Regionalforum waren die Verbindungen zwischen den hiesigen Diskussionen und der Arbeit unserer Partner immer präsent. Auch der enge politische Zusammenhang zwischen den vielfältigen Projekten



Isis Campos hat für die brasilianische Landlosenbewegung MST am medico-Regionalforum teilgenommen.

unserer Partner in der Region – zum Beispiel einem alternativen Debattenportal, der Stärkung lokaler Gesundheitsversorgung, dem Recht auf Stadt und dem Kampf um Landrechte oder gegen autoritär durchgesetzte Megaprojekte – war offensichtlich. Das ermöglichte eine gemeinsame Diskussion, ausgehend von zum Teil sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten und Erfahrungen. Henry vom Nationalen Gesundheitsforum in El Salvador betonte die Notwendigkeit des Austauschs: „Tatsächliche Änderung kann es nur geben, wenn man über den Tellerrand hinausblickt.“

Das Forum war ein Ort für Diskussionen, die in der konkreten Zusammenarbeit oft zu kurz kommen. So entspann sich um den Begriff der Solidarität eine angeregte Debatte, als Edgardo die Solidarität vieler Linker mit Venezuela kritisierte. Der brasilianischen Landlosenbewegung MST warf er vor, ihre antimperialistische Positionierung käme einer Solidarisierung mit der Regierung Maduro gleich, nicht aber einer Solidarität mit dem venezolanischen Volk. Isis

vom MST verteidigte zwar die Solidarisierung mit dem „bolivarischen Prozess“, war aber offen für Treffen auch mit anderen venezolanischen Akteuren. Bei allen Unterschieden in den konkreten Positionierungen, herrschte doch Einigkeit darüber, dass Solidarität nur als kritische hilfreich und als solche überlebenswichtig für soziale Bewegungen und Transformationsprozesse ist. In diesem Kontext betonten alle Teilnehmenden die besondere Beziehung zu medico als einer Organisation, die ihre Unabhängigkeit als politische Akteure respektiere.

tons“, sondern hat sich untereinander geeint und an geopolitisch gewagten Projekten wie den BRICS beteiligt. Aber keines der Länder hat Edgardo zufolge in diesem „fortschrittlichen Zyklus“ die Schraube weit genug gedreht. Der Kern

„In eben diesen Widersprüchen werden auch die Möglichkeiten von Emanzipation sichtbar.“

der Kolonialverhältnisse sei nicht angetastet worden. Fasziniert von der eurozentrischen Begrifflichkeit „Fortschritt“ waren die neuen Regierungen unfähig, das Verhältnis ihrer Gesellschaften zur Natur, zu Produktion von Reichtum für den globalen Markt und vor allem zu sich selbst zu hinterfragen. Das Fortschrittsmodell sei das trojanische Pferd in den emanzipatorischen Projekten Lateinamerikas.

Der Kontinent ist ein großer Rohstoffproduzent geblieben, vom venezolanischen Erdöl über die brasilianischen Erze bis zum argentinischen Getreide. Der Preis dafür war die Fortführung von Umweltzerstörung und einer rückwärtsgewandten Idee. Auch die Progressiven verfolgten Megaprojekte, setzten gigantische Berg- und Wasserkraftwerke. Die ländlichen Gebiete verkamen weiterhin zu entmenschlichten „grünen Wüsten“. Vor allem aber blieb die Natur in der Wahrnehmung weiterhin etwas Feindliches, das der Mensch „zähmen“ muss, um herauszukommen aus seiner Lage des „Primitiven“, „Wilden“, „Nicht-Weißen“. Bis Anfang der 2010er Jahre wurde diese Vorstellung befeuert von einem weltweiten Boom der Rohstoffpreise. Wachsende Exporterlöse ließen ein Gefühl von Wohlstand entstehen und milderten soziale Spannungen. Man konnte den Massen helfen, ohne den Reichtum der Oligarchien anzutasten. Tiefere strukturelle Reformen – der Besitzverhältnisse

Würze für neue Träume

Von Antonio Martins

Das große Fenster des Sitzungsraums geht hinaus auf den Rio-Vermelho-Strand in Salvador. Der Ausblick war also großartig – im Gegensatz zu den Umständen. Das Treffen der lateinamerikanischen medico-Partner war geprägt von einer Bilanz, die Edgardo Lander angesichts der Krise der „Progressismen“ in der Region zog. Er zeigte auf, wie die Rückeroberung der Macht durch die Rechte (durch Wahlen oder im Staatsstreich) in direkter Verbindung steht zu den riesigen Defiziten eines Projekts, das die Welt beinahe zwanzig Jahre lang faszinierte. Ja, die Regierungen unter Lula (Brasilien), Chávez (Venezuela), Evo Morales (Bolivien), Rafael Correa (Ecuador) oder Nelson und Cristina Kirchner (Argentinien) haben. so Edgardo, Menschen im zweistelligen Millionenbereich aus tiefster Armut geholt. Schüchterne Ansätze für ein Bürgereinkommen haben aufgezeigt, dass das Recht auf ein würdiges Leben nicht zwangsläufig mit Lohnarbeit verbunden sein muss. Auch war Lateinamerika zwei Jahrzehnte lang nicht mehr der „Hinterhof Washing-

im Agrarbereich und in der Stadt, des Steuersystems, der Demokratisierung der Medien – wurden aufgeschoben. Als die weltweite Krise die Feier beendete, war es den alten Eliten ein Leichtes, die Macht wieder an sich zu reißen und die politische Agenda zurückzudrehen.

Die Kaffeepausen beim Partnertreffen fanden im Wind vor dem Meer von Bahia statt. Bei einer dieser Gelegenheiten musste ich daran denken, wie Karin Urschel und Moritz Krawinkel von medico von den Anfängen der Organisation und dessen Verbindungen zu 1968 erzählt hatten. 50 Jahre sind seit dieser weltweiten Bewegung des Widerspruchs vergangen, die auch in Brasilien ihren Ausdruck fand. Sie scherte sich nicht um Nationalgrenzen und zielte auf eine Gesellschaft, die über das herrschende Wachstumsmodell hinausgeht. So wie die Hoffnungen Lateinamerikas liegen auch die vom Mai 1968 seit Jahrzehnten im Dämmer-schlaf. Ob sie dort reifen? Beide sind teilweise gekapert worden. Die in den 1968er-Bewegungen so gegenwärtige Ablehnung von Hegemonie und Vertikalität wurde vom Neoliberalismus so umgedeutet wie es Margaret Thatcher einst formulierte: Es gebe „keine Gesellschaft, sondern nur Individuen“. Und hat nicht die Ablehnung der Herrschaft von Nationalstaaten eine Globalisierung hervorgebracht, in der die tatsächliche Macht längst nicht mehr die Regierungen sind, sondern das anonyme Gesicht transnationaler Konzerne?

Drei Monate nach dem Partnertreffen lese ich einen Text von Thomas Gebauer über 50 Jahre medico. Er sagt: „Das Verbindende solcher 'In-seln der Vernunft' ist die Idee einer anderen Globalität – einer Lebensweise, die sich auf Mitgefühl, Neugier und Kreativität stützt. Und in eben diesen Widersprüchen werden auch die Möglichkeiten von Emanzipation sichtbar.“ Die Worte erinnern mich an kreative Erfahrungen, von denen in Salvador auch berichtet wurde –



Antonio Martins ist Gründer und Redakteur des Debattenportals *Outras Palavras* („Andere Worte“) in Brasilien.

und an viele andere, die überall in Lateinamerika hochkochen: in Nicaragua Projekte in der sandinistischen Tradition, ohne dabei deren Fehler zu wiederholen; in Brasilien Erfahrungen mit emanzipatorischen Gesundheitsbegriffen aus den Besetzungen der Landlosen- und Obdachlosenbewegung.

„Wir alle sind Marcos“ hieß es vor dreißig Jahren auf T-Shirts, die sich über die Welt verbreiteten. Sie trugen das Gesicht eines Guerilleros und Dichters, der im lakandonischen Urwald von Mexiko zu den Waffen griff und unmittelbar nach dem Zusammenbruch des primitiven Sozialismus neue Hoffnungen weckte. Die Begegnung der Partner in Salvador zeigte, dass wir noch leben; dass neue Verbindungen entstehen zwischen Lateinamerika und denen, die in Europa mit dem Blick des globalen Südens denken; und dass unsere Unzulänglichkeiten und zeitweisen Niederlagen vielleicht nur die Würze sind für neue Träume.

Übersetzung: Michael Kegler

50 JAHRE MEDICO
HILFE UND
EMANZIPATION





EMANZIPATION

Internationaler Kongress und medico-Festakt in Berlin: Ein Rückblick

Vom 25. bis 27. Mai 2018 fand in Berlin eine von medico, der Humboldt und der Technischen Universität organisierte internationale Tagung zum Thema „Emanzipation“ statt. Darin eingebettet war auch der Festakt zum 50. Gründungsjubiläum von medico. Auf den folgenden Seiten veröffentlichen wir Kurzberichte über die medico-Kolloquien während der Konferenz. Der Text von Sabine Hark ist ein Auszug ihrer Rede auf dem Abschlusspanel der Tagung, der uns sehr nah an den medico-Debatten erschien. Die nebenstehenden Fotos geben einen Eindruck vom medico-Festakt wieder, der dicht, lang und emotional war. Den Festakt dokumentieren wir ausführlich auf der medico-Internetseite. Dort gibt es Filmaufnahmen, Fotos, die Festrede von Barbara Unmüssig (Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung) und die Abschlussworte vom noch medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer, der in diesem Jahr in die stiftung medico international überwechselt wird, zudem ein zusammenfassender Bericht von Tagung und Festakt. Mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Konferenz und 500 Gästen auf dem Festakt – alles in allem ein großer Erfolg. Aber überzeugen Sie sich selbst unter: www.medico.de/emanzipation



EMANZIPATION AUS DER KATASTROPHE



Vera Malaguti

Während anerkannte Wissenschaftler und vor allen Dingen Wissenschaftlerinnen – sie stellten zwei Drittel der Rednerinnen – sich auf der Tagung „Emanzipation“ sehr grundlegend und kritisch, soziologisch und philosophisch mit dem Begriff der Emanzipation auseinandersetzen, sollten die medico-Kolloquien emanzipatorische Praxis unter den gegenwärtigen globalen Bedingungen reflektieren. Dies sind eben vor allen Dingen Bedingungen des Ausschlusses, weshalb monatelange Bemühungen für unsere Kollegen aus Sierra Leone und Afghanistan, Abu Brima und Hadi Marifat, Visa zu erhalten, scheiterten oder wie im Fall von Hadi Marifat zu spät gelangen. Immerhin konnte Vera Malaguti, die Kriminologin aus Rio de Janeiro einreisen. Auf der Weltkarte der Exklusion gilt Brasilien noch als Schwellenland der westlichen Hemisphäre. Deshalb visafrei. Vera verwies auf die Verdienste der 68er Bewegung gerade in ihrem wissenschaftlichen Forschungsbereich. Denn so sei eine kritische Kriminologie entstanden, die beschreibt, wie das „Elend durch das Justizsystem verwaltet“ werde. Brasilien habe die drittgrößte gefangene Bevölkerung und die zweitgrößte Wachstumsrate bei Gefangenen. Die Gefangenen seien in Gefängnissen eingesperrt, die für die Hälfte der gegenwärtig dort Untergebrachten geplant gewesen seien. Und 40 Prozent von ihnen seien nicht einmal verurteilt. Es gehe nicht mehr um die Disziplinierung einzelner, sondern um die „Eindämmung und das Management“ ganzer Bevölkerungsgruppen in Gefängnissen, Checkpoints, Warteschlangen vor Krankenhäusern oder Lebensmittelverteilungszentren. Alles Wartezonen, in denen die Zeit der Armen stillgestellt werde. Es müsse darum gehen den Ausgeschlossenen zu ermöglichen „Netze der Solidarität, Kooperation und Kraft zu bilden, die ihnen erlauben in die Legalität zurückzukehren.“ Und damit in die Sichtbarkeit.

SOLIDARITÄT IN DER KATASTROPHE



Gesine Schwan und
Stephan Lessenich

Was, wenn die Apokalypse längst Realität ist? Dem kamerunischen Philosophen Achille Mbembe zufolge findet der Untergang der Welt, zugegen in Gewalt, Entbehrung und Aussichtslosigkeit, für einen großen Teil der Menschheit bereits statt. Auch wenn Mbembe kurzfristig absagen musste, hatte der Soziologe Stephan Lessenich nicht minder Drastisches zu diagnostizieren: Sein Begriff der Externalisierungsgesellschaft beschreibt, wie der globale Norden das Destruktive der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise auslagert und anderswo wirksam werden lässt. Die Verwüstung geschehe in aller Offenheit und diese Offenheit ist noch Teil ihrer Verdrängung. „Die globale weiße Ignoranz besteht darin, dass dies nicht einmal mehr schmerzt.“ Ein Ausweg? Man müsse das verdrängte Unheimliche

anerkennen und selbstverständlich gewordene Lebensweisen ändern. Es gehe – wieder einmal, nun im 21. Jahrhundert – um eine „Politisierung des Alltags“. Einen Vorschlag in diese Richtung im Bereich der Flüchtlingsfrage machte die Politikwissenschaftlerin und Politikerin Gesine Schwan, indem sie noch einmal ihren Ansatz einer „dezentralen Ansiedlungspraxis auf Basis von Freiwilligkeit“ erläuterte. Angesichts des Versagens der nationalen Regierungen in Europa vor der Flüchtlingsfrage sollten die Kommunen berechtigt und befähigt werden, Flüchtlinge aufzunehmen – und hierfür mit Geld aus einem europäischen Fonds belohnt werden. „Man muss Solidarität mit Interessen verbinden“, so Schwan. Für Schwan liegt darin ein Potenzial zur Politisierung. Lessenich reichte das nicht, es sei nicht weit genug gedacht und gefordert. Solidarität in Katastrophe brauche eine Utopie als Fluchtpunkt. Und so wurde herzlich gestritten.

ÖFFENTLICHKEIT ALS GLOBALE RES PUBLICA



Christin Lüttich

Die Schrecken der Welt muten mitunter derart komplex an, dass ein lähmendes Ohnmachtsgefühl aufzukommen droht. Auf dem Podium des dritten Kolloquiums wurde allseits widersprochen. Der Soziologe und Verfechter eines Wandels zu einer nachhaltigen Moderne, Harald Welzer, verwarf die „Komplexitätsbehauptung als Komfortzone“: „Sich als Bürger eines demokratischen Rechtsstaats als entmächtigt zu imaginieren, ist arrogant.“ Die Überwältigung durch Teilprobleme funktioniere nur, weil man angesichts eines eklatanten Utopieverlustes nicht weiß, wohin man will. Sein Rezept: andere Wirklichkeitsbehauptungen aufstellen und auf die Möglichkeit anderer Verhältnisse pochen. Milo Rau und Eva Maria Bertschy vom International Institute of Political Murder konnten als Form einer Gegenöffentlichkeit auf ihre künstlerische Praxis verweisen, sei es, dass sie ein Tribunal über die Verbrechen im kongolesischen Bürgerkrieg abgehalten haben, sei es die Konstitution eines Weltparlaments von unten als „Repräsentation eines globalen dritten Standes“ vor einem Jahr in Berlin. Beides waren zwar symbolisch-artifizielle Akte, aber auch Setzungen. Als Aufführung einer wünschenswerten Wirklichkeit, so Rau, haben sie aber den Raum des Vorstellbaren erweitert und damit eine mögliche Zukunft vorweggenommen. Christin Lüttich bewegt sich seit Jahren im realen Grauen. Mit der Initiative Adopt a Revolution unterstützt sie die demokratische syrische Zivilgesellschaft. Ihr Aufstand und ihr Ausharren sei ein Akt der Selbstermächtigung. Dies müsse man aber auch wahrnehmen statt nur beklommen auf die Schurkereien des Assad-Regimes, Russlands und all der anderen Mächte zu schauen. Wer praktische Solidarität leiste, müsse es auch aushalten, sich in Widersprüchen zu bewegen. Dem sprang Harald Welzer bei: Das beste Mittel gegen Ohnmacht sei, etwas zu tun – wissend, dass man dabei Fehler machen kann und wird.

Linke Trauerarbeit

Über die [Un-]Möglichkeit von Solidarität in post-emanzipatorischen Zeiten

Von Sabine Hark

Emanzipation ist heute eine traurige Trope, die sich erschöpft im Recht jeder und jedes Einzelnen, sich von den anderen zu unterscheiden. Eine „Gemeinschaft der Herausgeputzten“, wie Zygmunt Bauman so unnachahmlich formulierte. Als Erb*innen einer solcherart „privatisierten Moderne“, um einen weiteren Begriff Baumans aufzugreifen, verstehen wir Emanzipation nicht länger als etwas, das wir durch Gesellschaft erlangen, sondern von Gesellschaft. Das Ziel ist demzufolge auch nicht länger die Verbesserung der Gesellschaft, sondern die Verbesserung der eigenen Stellung in der Gesellschaft. Konkurrenz, nicht Kollaboration wird zum privilegierten Modus des gesellschaftlichen Miteinanders, womit an die Stelle gemeinsamer Erträge aus kollektiven Bemühungen der individuell angelegene Wettbewerbsgewinn tritt.

Zu verstehen ist all dies im Kontext der weltweiten Durchsetzung eines zunehmend moralisch autoritär grundierten und disziplinär-normalisierend agierenden Neoliberalismus, für den vielleicht nichts so sehr kennzeichnend ist wie die Überzeugung, dass die Idee, Märkte müssten regiert werden, ersetzt wird durch das Prinzip, dass es die Märkte selbst sind, die regieren [müssen]. Solidarität wurde damit aus der Demokratie vertrieben. Prozesse kollektiver Verständigung über Lebensformen und Solidarität sind in dieser „krassen Utopie“ daher kaum noch vorgesehen, sie werden durch die Verengung und Zerstörung öffentlicher Räume, durch die Verunmöglichung kollektiver Lernerfahrun-

gen, durch Individualisierung und Fragmentierung des Gemeinwesens zunehmend erschwert. Die Möglichkeit von Politik im Sinne der Kommunikation und kooperativen Entschlussfassung über jene Angelegenheiten, die Menschen gemeinsam sind – Voraussetzung für Solidarität –, gehört daher zu den heute besonders gefährdeten Elementen der Demokratie.

Die Sozialstruktur hat sich bekanntermaßen vor diesem Hintergrund in den vergangenen Jahrzehnten national wie global auf eine neue Weise polarisiert. Am unteren Ende der gesellschaftli-

„Ein Ethos der Solidarität erlernen, das sich auch an jene richtet, die wir weder kennen noch durchschauen, mit denen wir nichts zu tun haben wollen.“

chen Hierarchie verfestigen sich Pauperisierung und soziale Verwundbarkeit, während sich am anderen Ende die Bevorteilung der oberen Schichten und vermögenden Klassen manifestiert. Dieser Spaltung korrespondiert das sozialpolitische Programm des autoritär grundierten, normalisierenden Neoliberalismus, das im Kern auf die Entkollektivierung sozialer Sicherung sowie die Ausrichtung von Sozialpolitik auf individualisierte Innovationspolitik und Humankapi-



Foto: Stephan Roehl/CC-BY-SA 2.0

Sabine Hark lehrt als Professor*in an der TU Berlin an dem von ihr geleiteten Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung.

talbildung zielt. Statt einer Politik gegen die Zwänge des Marktes also Politik für den Markt.

Soziale Bürgerrechte – also verfassungsrechtlich geronnene Solidarität –, werden in Folge davon vertragsförmig generalüberholt, gelten nicht mehr als (relativ) bedingungslos gewährte, unveräußerliche Rechte und sind an die individuelle Erfüllung staatlicherseits auferlegter Pflichten gekoppelt. Wer diesen nicht nachkommt, wer nicht bereit ist, sich von den staatlichen Institutionen demütigen zu lassen, hat den Anspruch auf mehr als das Lebensnotwendige verwirkt. Aus Bürger*innen mit verbrieften sozialen Rechten werden, mit anderen Worten, Subalterne, Bürger*innen von niederem Rang. Das heißt verschiedenen Bevölkerungsgruppen wird ein je unterschiedliches Set von Rechten gewährt (und Pflichten auferlegt), die in einem System hierarchischer Abstufungen organisiert sind: vom Modell des mit allen Rechten ausgestatteten „Vollbürgers“ bis zum aller Rechte entkleideten Flüchtling im Status der Duldung oder gar in Abschiebegewahrsam. Das den „postliberalen Kompromiss“ kennzeichnende Bedingungsgefüge politischer Partizipation, demokratischer Handlungsmächtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe wurde so grundlegend verändert.

Wie aber kann nun Solidarität wieder vernehmbar artikuliert werden? Dazu gehört zunächst, dass wir verstehen, wie die Welt ist und welche systematischen Schwierigkeiten und Verhinderungen emanzipatorischer Visionen mit diesem Zustand der Welt verbunden sind. Dafür scheint es mir unerlässlich, wieder einmal die Anstrengung der Begriffe aufzunehmen. Dabei geht es weniger um linke Melancholie als um echte Trauerarbeit. Es gilt, Begriffe zu generieren, die die reale Unverfügbarkeit gesellschaftlicher Dynamiken zu erfassen vermögen und sie zugleich in bestimmten historischen – also letztlich auf menschliche Praxis zurückführbaren – Strukturzusammenhängen zu begründen. Theoretische Visualisierungen, die es ermöglichen, jene eben nicht unmittelbar erfahrbaren Zusammenhänge, die sowohl unsere Wirklichkeit je spezifisch strukturieren als auch unsere Wahrnehmung des Möglichen konfigurieren und begrenzen, erkenn- und damit erfahrbar zu machen. Das wäre meine theoretische Antwort.

Zum Projekt der Wiedergewinnung von Solidarität gehört zweitens – und das ist meine praktische Antwort –, dass wir ein Ethos der Solidarität erlernen, das sich nicht nur an diejenigen richtet, mit denen wir uns wie auch immer begründet verbunden fühlen, sondern auch an jene, die wir weder kennen noch durchschauen, mit denen wir nichts zu tun haben wollen. Und dies gerade, weil nicht Wenige der Meinung sind, es könnten nicht alle berücksichtigt werden und wir könnten nur gegenüber den Angehörigen der „eigenen“ Gruppe solidarisch sein. Solidarität ist daher heute mehr denn je nur kosmopolitisch zu haben; sie ist identisch damit, dass wir „die ganze Zeit, Tag und Nacht, in Gesellschaft aller Menschen“ marschieren, wie Frantz Fanon schrieb.

In „Gesellschaft aller Menschen marschieren“ – was heißt das genau? Wenn es stimmt, dass wir in einer Welt leben, in der eine soziale Gramma-

tik der Härte mehr und mehr unser Miteinander bestimmt, bedeutet es eine Haltung der Zuwendung zur Welt zu erlernen, die auf epistemologische und moralische Überheblichkeit verzichtet und manichäische Wir/Sie-Unterscheidungen aktiv zurückweist. Die, anders als das stetig lauter werdende Getöse medialer, die Demokratie zersetzender Debattensurrogate, Entscheidungsprozesse über die Frage ermöglicht, ob wir unter den Bedingungen leben wollen, die uns vorausgesetzt sind. Die Pluralität weder zu eliminieren sucht noch bloß hinnimmt, sondern als glücklichen Umstand versteht, der die Lebenschancen aller vermehrt statt beschränkt. Die ein horizontales Denken, ein Denken mit der Welt statt ein Denken über die Welt ermöglicht.

„Marschieren in Gesellschaft aller Menschen“ meint dann nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein unerschrockenes Einmischen und ein Eintreten für die Teilhabe aller an Welt, dafür, dass „jedem das universelle Recht zuerkannt wird, die Welt in ihrer Gesamtheit zu beerben“, wie Achille Mbembe sagt. Ein anderer Name für Solidarität. Eine politische Moral also, die sensibel ist für die vielfältigen Weisen von Entwürdigung und Entrechtung, Entfremdung und Isolation, für die vielen Gestalten körperlicher und emotionaler Versehrung. Umschreibung für eine Grammatik des Zusammen- und Miteinander-Sein der radikal Verschiedenen und der Bereitschaft, sich einer Welt zu öffnen, die sich von der je eigenen Lebenswirklichkeit unterscheidet.

Die Aufgabe unserer Zeit

Wenn wir „der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien“ entwickeln müssen, es also um immanente Kritik geht, muss die Frage nach der inneren Gestalt jener Institutionen und überindividuellen Zusammenhänge, die unser Leben formen und innerhalb derer sich unsere Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten er-

geben, so exakt wie möglich beantwortet werden. Kurzum geht es um die Frage, wessen und welches Handeln ermöglicht und wessen und welches Handeln verunmöglicht wird. Und dazu gehört zwingend, die Dinge von den Kräften her zu verstehen, die nicht nur auf sie einwirken, sondern sie konstituieren, die Dinge also als materiell bedingt und politisch reguliert zu begreifen. Und deshalb gilt es die historisch je spezifischen Weisen zu untersuchen, wie wir regiert werden, zu welcher Art Subjekten wir also gemacht werden – beispielsweise zu Subjekten, die eine bestimmte Form von Freiheit begehren – und was wir demnach wollen können. Und es gilt schließlich unser Sein als innerhalb von widersprüchlich ineinander verschränkten Machtgefügen positioniertes Sein zu begreifen und kontinuierlich Rechenschaft darüber abzulegen, wie Welt und Sozialität imaginiert, geformt und aufrechterhalten wird, wie wir in Dominanzverhältnisse eingeübt werden und uns in ihnen einrichten, wie wir Gewissheiten für bare Münze nehmen statt uns vom andrängenden Wirklichen verstören zu lassen. Das ist die Aufgabe unserer Zeit.

„Ich arbeite, ich liebe, ich ruhe, ich sehe und lerne. Und ich berichte.“ Das hatte Audre Lorde wenige Jahre vor ihrem Tod als „gegebene Tatsachen“ ihres Lebens aufgeschrieben. Hannah Arendt hatte für sich notiert, wirklich zu leben hieße, „diese Gegenwart zu realisieren“. Umschreibungen dessen, was Marx die „Selbstverständigung der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche“ genannt hatte. Eine „Arbeit für die Welt und für uns. Sie kann nur das Werk vereinter Kräfte sein.“

Dieser Text ist ein Auszug aus dem Vortrag von Sabine Hark auf dem Abschlusspanel der internationalen Tagung „Emanzipation“. Sie war neben Rahel Jaeggi, Kristina Lepold und Thomas Seibert eine der Organisatorinnen der Konferenz.

medico aktiv

Keine Leoparden

medico übergibt Petition gegen Rüstungsexporte in die Türkei

Die Bilder waren eindeutig: Als die türkische Armee am 20. Januar 2018 in den nordsyrischen Kanton Afrin einmarschierte, rollten auch deutsche Leopard-2-Panzer von Rheinmetall über die Grenze. Sofort startete medico eine Petition gegen Rüstungsexporte an die Türkei und ihren Einsatz zur Bekämpfung der kurdischen Selbstverwaltung in Nordsyrien. Tatsächlich führte der, welcher ein Hohn, „Operation Olivenzweig“ genannte Feldzug neuerlich zu massiven Vertreibungen und Verfolgungen, auch medico-Partner sind direkt betroffen (siehe S. 8ff.) Immerhin: Die Petition stieß auf breiten Widerhall. Innerhalb weniger Wochen hatten 13.263 Menschen die Petition unterzeichnet. Ende Mai wurde die Aufforderung an den deutschen Außenminister und die Bundesregierung in Berlin übergeben. Bei einem Termin mit dem Auswärtigen Amt überreichte medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer die Namen der Unterzeichnenden und bat um Stellungnahme. Die fiel, im Wissen um die breite Ablehnung der



Foto: medico

Waffenexporte in der Bevölkerung, beschwichtigend aus: Die Rüstungsexportgenehmigung sei im ersten Quartal deutlich zurückgegangen, so das Auswärtige Amt. Statt wie im Vorjahr bei 2,2 Mrd. Euro liege das Genehmigungsvolumen nur noch bei 880 Millionen Euro. Dass diese Zahlen Folge eines Genehmigungsstaus wegen der langwierigen Regierungsbildung sind und nicht Ergebnis eines politischen Schwenks, wurde selbstredend verschwiegen. medico wird sich daher auch weiterhin gegen die tödlichen Geschäfte einsetzen.



1



2



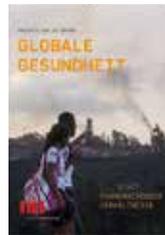
3



4



5



6



7

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1,2,3 Plakate 50 Jahre medico international**

„Die Welt ist groß. Rettung lauert überall“ – zum Jubiläum hat medico eine Plakatreihe mit drei Motiven aufgelegt. Die Plakate können kostenlos bei uns bestellt werden. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende an medico international sehr freuen.

4 stiftung medico international

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

5 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

6 Globale Gesundheit

16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

7 Häuser der Hoffnung

Info-Flyer. Nachdem 500.000 Menschen im Zuge der Vertreibung durch das türkische Militär im Südosten des Landes ihr Zuhause verloren haben, unterstützt eine medico-Kampagne den kurdischen Wiederaufbau. Der Flyer informiert über die Fördermöglichkeiten.

Ohne Abb.: Hilfe im Handgemenge

[Infolyer] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

Ohne Abb.: Europa ist Exportweltmeister

12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ohne Abb.: Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch.

Ohne Abb.: Cool, aber tödlich

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Ich bestelle:

_____ DIN A1 Plakat: Motiv 1

_____ DIN A1 Plakat: Motiv 2

_____ DIN A1 Plakat: Motiv 3

_____ Broschüre: stiftung medico international

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ Kurzbroschüre: Globale Gesundheit

_____ Infolyer: Häuser der Hoffnung

_____ Infolyer: Hilfe im Handgemenge

_____ Kurzbroschüre: Europa ist Exportweltmeister

_____ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben

_____ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

kostenlose Materialien bestellen

dass einmalig eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

**Bitte senden an
medico international**

Lindleystr. 15

**D-60314 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02**

Spenden und Stiftungen

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international

Impressum

Herausgeber:
 medico international
 Lindleystr. 15
 D-60314 Frankfurt am Main
 Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
 Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden

Marek Arlt und Frank van Ooyen
Tel.: [069] 944 38-0, Email: info@medico.de

Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden

Gudrun Kortas
Tel.: [069] 94438-28, Email: kortas@medico.de

Spendenaktionen und Kommunikation

Anita Starosta
Tel.: [069] 94438-44 Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

Raus aus der Filterblase

Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge

Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.

Der **Newsletter** informiert Sie regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles aus dem medico-Kosmos.



In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir Ihren täglichen Blick über den Tellerrand. Verbinden Sie sich mit medico auf Facebook, Twitter oder Instagram



Alle Optionen unter www.medico.de/verbinden

MEDICO-SOMMERFEST

MEDICO INTERNATIONAL FEIERT AM 04. AUGUST 2018 ZUSAMMEN MIT KULTURELLEN UND POLITISCHEN AKTEUREN DER NACHBARSCHAFT IM FRANKFURTER OSTHAFEN. SEID DABEI!

Ab 14 Uhr: Kinderprogramm, Ausstellungen, Debatten, Musik, Lesungen, Infostände, Essen und Trinken. Eintritt frei

Orte: medico-Haus – Atelier Frankfurt – Junge Deutsche Philharmonie/Ensemble Modern (Lindleystr. 15 & Schwedlerstr. 1 und 2)

19 Uhr im Hof des Atelier Frankfurt: Kabarett mit Georg Schramm & Urban Priol, Michael Quast, Ensemble Modern, Mare Nostrum (eine migratorische Reise über das Mittelmeer mit Prosechos, Cemil Qocgiri & Ensemble, Farid Banerjee). Im Anschluss DJ P-Do Knopp (Lazy, Analog Africa Sound-system). Tickets: medico.de/sommerfest

WEITERE TERMINE IN 2018:

21.8. Buchvorstellung: „Hilfe? Hilfe!“

von Thomas Gebauer und Ilija Trojanow in der Evangelischen Akademie am Römerberg 9

29.8. „Yallah!? Über die Balkanroute.“

Ausstellungseröffnung (Besichtigung nach Voranmeldung über info@medico.de bis 26.9. möglich)

19.9. „Was ist los auf dem Mittelmeer?“

Mit Seawatch und Lifeline

Alle Termine unter
www.medico.de/termine

m) 50
jahre
medico international